



DNR
DEUTSCHER
NATURSCHUTZRING



© European Union, 2019

DASSELBE IN GRÜN?
VON DER LEYENS EUROPÄISCHE KOMMISSION

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT

- Was lange währt wird endlich...gut? SEITE 4
- Ein Sieg für von der Leyen, ein Sieg für eine grüne Zukunft? SEITE 5

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION

- Was ist die EU-Kommission eigentlich? SEITE 7

DIE KOMMISSIONSPRÄSIDENTIN

- Ursula von der Leyen SEITE 11

DER „EUROPÄISCHE GRÜNE DEAL“ UND SEINE UMSETZUNG

- Frans Timmermans**, Europäischer Grüner Deal und Klimapolitik SEITE 13
- Adina Vălean**, Verkehr SEITE 14
- Janusz Wojciechowski**, Landwirtschaft SEITE 15
- Kadri Simson**, Energie SEITE 16
- Stella Kyriakides**, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit SEITE 17
- Virginijus Sinkevičius**, Umwelt, Ozeane und Fischerei SEITE 18

GLOSSAR

- Umweltschutzrichtlinien, -strategien und -konzepte im Überblick SEITE 20

WEITERE VIZEPRÄSIDENT*INNEN

- Margrethe Vestager**, Ein Europa für das digitale Zeitalter und Wettbewerb SEITE 23
- Valdis Dombrovskis**, Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen und Finanzen SEITE 24
- Dubravka Šuica**, Demokratie und Demografie SEITE 25
- Josep Borrell**, Ein stärkeres Europa in der Welt und Hoher Vertreter SEITE 26
- Margaritis Schinas**, Förderung der europäischen Lebensweise SEITE 27
- Maroš Šefčovič**, Interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau SEITE 28
- Věra Jourová**, Werte und Transparenz SEITE 29

WEITERE FACHKOMMISSAR*INNEN

Didier Reynders , Justiz	SEITE 30
Elisa Ferreira , Kohäsion und Reformen	SEITE 31
Helena Dalli , Gleichberechtigung	SEITE 32
Janez Lenarčič , Krisenmanagement	SEITE 32
Johannes Hahn , Haushalt und Verwaltung	SEITE 33
Jutta Urpilainen , Internationale Partnerschaften	SEITE 34
Mariya Gabriel , Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend	SEITE 35
Nicolas Schmit , Arbeitsplätze und soziale Rechte	SEITE 36
Olivér Várhelyi , Nachbarschaft und Erweiterung	SEITE 37
Paolo Gentiloni , Wirtschaft	SEITE 38
Phil Hogan , Handel	SEITE 39
Thierry Breton , Binnenmarkt	SEITE 40
Ylva Johansson , Inneres	SEITE 41
IMPRESSUM	SEITE 42

VORWORT

WAS LANGE WÄHRT WIRD ENDLICH... GUT?

Die Europawahl im Mai 2019 sollte im Zeichen des Klimaschutzes, der Demokratie und nicht zuletzt der europäischen Gemeinschaft stehen. So weit, so gut – knapp über 50 Prozent der wahlberechtigten EuropäerInnen gingen wählen, fast neun Prozent mehr als bei der Europawahl 2014. Eine Ansage pro Europa und pro Demokratie, schließlich gibt es seit 2014 das sogenannte SpitzenkandidatInnenprinzip - jede europäische Partei wählt eine/-n SpitzenkandidatIn, welche/-r für die jeweilige Partei in einen paneuropäischen Wahlkampf geht und im Falle eines Sieges für den höchsten Posten der Europäischen Union, den des/der KommissionpräsidentIn, bevorzugt wird. Dieser Ansatz sollte den **BürgerInnen die EU näherbringen** - er sollte ihnen das Gefühl geben, sie hätten auch etwas zu sagen und europäische Politik würde nicht nur in Brüsseler Hinterzimmern gemacht. Auch die Klima- und Umweltpolitik bekam in der Europawahl einen ordentlichen Schub - nicht nur in Deutschland, wo die Grünen erstmals **zweitstärkste Kraft** bei einer bundesweiten Wahl wurden, sondern auch im gesamt-europäischen Bild schlugen sich grüne Parteien mit knapp unter **zehn Prozent** besser als zuvor.

Das besagte SpitzenkandidatInnenprinzip warf aber schon bald einen Schatten auf die Erfolge der Europawahl. Die christdemokratische Europäische Volkspartei (EVP) gewann die Europawahl mit gut 24 Prozent. Somit hätte der Europäische Rat der 28 Staats- und RegierungschefInnen eigentlich den Spitzenkandidaten der EVP Manfred Weber (CSU) als EU-Kommissionspräsidenten vorschlagen sollen. Unter ihnen fanden sich allerdings einige, die Manfred Weber **nicht unterstützten**, so wie beispielsweise Emmanuel Macron (Frankreich) oder Viktor Órban (Ungarn). Auch die SpitzenkandidatInnen der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) Frans Timmermans und der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) Margrethe Vestager konnten keine Mehrheit im Europäischen Rat für sich gewinnen.

So kam **Ursula von der Leyen**, die damalige deutsche Verteidigungsministerin, ins Spiel – in Deutschland erzeugte dies besonders bei der SPD Unzufriedenheit. Ursula von der Leyen sei die schwächste Ministerin der Bundesregierung, so der frühere SPD-Chef **Martin Schulz** und auch die **kommissarischen SPD-Vorstände** Malu Dreier, Manuela Schwesig und Thorsten Schäfer-Gümbel sahen den Versuch, die Europäische Union demokratischer zu gestalten, mit dieser Entscheidung gescheitert. Die SPD handelte folglich in der Großen Koalition aus, dass Deutschland sich an der Abstimmung im Europäischen Rat enthalte. Und folglich wurde Ursula von der Leyen am 2. Juli 2019 ohne die Stimme Deutschlands als designierte EU-Kommissionspräsidentin vorgeschlagen. Nach der Nominierung durch den Rat muss das EU-Parlament den/die KommissionspräsidentIn wählen. Die SPD und Grünen erklärten sehr bald, dass von der Leyen auf die Stimmen ihrer Abgeordneten im Europaparlament bei der Wahl zur Kommissionspräsidentin nicht zählen könne - es würde also knapp werden.

In ihrer Bewerbungsrede vor dem Europaparlament zog sie alle Register und hielt ihre Rede zunächst auf Französisch, dann auf Englisch und Deutsch. Sie sprach sich für Europa und gegen rechts aus, plädierte für stärkere Maßnahmen gegen den CO₂-Ausstoß und die Erderwärmung, für Mindestlöhne in ganz Europa und mehr Frauen in EU-Ämtern. Und es funktionierte – mit einer **knappen Mehrheit** von 383 der insgesamt 747 Stimmen wurde Ursula von der Leyen am 16. Juli 2019 zur neuen EU-Kommissionspräsidentin gewählt.

EIN SIEG FÜR VON DER LEYEN, EIN SIEG FÜR EINE GRÜNE ZUKUNFT?

Als gewählte Kommissionspräsidentin galt es nun, das durch den Verstoß gegen das SpitzenkandidatInnenprinzip verlorene Vertrauen der EU-BürgerInnen wiederzugewinnen. Am 10. September 2019 gab von der Leyen sowohl die Besetzung als auch die Struktur und die **zukünftigen Schwerpunkte** bekannt. Sie knüpft an die Bedeutung des Klimaschutzes bei der Europawahl an und macht ihn zu einem der drei zentralen Themen der neuen EU-Kommission. Der Niederländer **Frans Timmermans** wird den sogenannten „Europäischen Grünen Deal“ als **exekutiver Vizepräsident** koordinieren und damit den Weg Europas zum ersten klimaneutralen Kontinent ebnen. Er wird zudem als Kommissar für Klimapolitik verantwortlich sein.

Die wesentlichen Inhalte des Grünen Deals werden das Ziel der Netto-Null-Emissionen bis 2050, eine Anhebung des Klimaziels 2030 auf mindestens 50 Prozent, einen verbesserten Emissionshandel, eine 2030-Strategie für Biodiversität, eine Strategie für nachhaltige Nahrungsmittel sowie einen überarbeiteten Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft beinhalten. Bei der Zielerreichung werden Timmermans die folgenden FachkommissarInnen zur Seite stehen:

- Adina Vălean (Verkehr)
- Janusz Wojciechowski (Landwirtschaft)
- Kadri Simson (Energie)
- Stella Kyriakides (Gesundheit)
- Virginijus Sinkevičius (Umwelt, Ozeane und Fischerei)

Umweltorganisationen traten bei der Bewertung des Europäischen Grünen Deals eher verhalten auf. Zwar begrüßten das **Europäische Umweltbüro (EEB)**, **CAN Europe**, das **EU-Büro des WWF** oder auch der **NABU** die Ernennung Timmermans zum exekutiven Vizepräsidenten. Dass er darüber hinaus Klimapolitik mit anderen zentralen Politikbereichen verknüpfen soll, zeige, dass von der Leyen dem Klimaschutz einen hohen Stellenwert zuschreibe. Jedoch bemängelten sie, dass die Timmermans zuarbeitenden FachkommissarInnen kaum Erfahrungen in der Klima- und Umweltschutzpolitik vorweisen könnten.

Alarmiert zeigten sich die Organisationen von der Ankündigung, die Deregulierungsstrategie der Juncker-Kommission fortführen zu wollen: Die Regelung „One-in one-out“, wonach durch ein neues Gesetz entstehende Belastungen („burdens“) innerhalb eines anderen Politikbereichs aufgehoben werden sollen, drohe, die EU-Umweltgesetzgebung zu verwässern.

Der NABU erinnerte daran, dass der designierte Agrarkommissar Wojciechowski in seiner früheren Rolle beim Europäischen Rechnungshof wissenschaftliche Berichte veröffentlicht hatte, welche die Kommissionsvorschläge zur GAP-Reform als unzureichend beim Umwelt- und Klimaschutz bewerten.

Nun habe er die Möglichkeit und Pflicht „diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen Taten folgen zu lassen“. Auch die Vorsitzende der Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz (EFA) Ska Keller betonte bei der Debatte zur Wahl der EU-Kommission, eine ambitionierte Klimapolitik könne nur dann stattfinden, wenn auch die Landwirtschafts- und Handelspolitik angepasst würde. Für diese

dringenden Reformierungen fehle jedoch bei manchen Kommissionsmitgliedern der Wille.

Linn Selle, Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) gab zu bedenken: „Die Aufstellung ist vielversprechend, aber gespielt wird auf dem Platz. Ob das Ergebnis den hohen Erwartungen, die die Kommission geweckt hat, entsprechen kann, muss sich erst noch zeigen.“

Und außerdem?

Zu Frans Timmermans gesellen sich **zwei weitere exekutive VizepräsidentInnen**: Die Dänin **Margrethe Vestager**, welche für ein „Europa des digitalen Zeitalters“ und das Ressort Wettbewerb verantwortlich sein wird, und der Litauer **Valdis Dombrovskis**, der für eine „Wirtschaft im Dienste der Menschen“ sowie das Ressort Finanzen zuständig sein wird.

Insgesamt bestimmte von der Leyen **acht VizepräsidentInnen**, drei davon mit einer herausgehobenen, exekutiven Stellung (Timmermans, Vestager, Dombrovskis), und fünf weitere VizepräsidentInnen. Dazu zählen **Josep Borrell** als Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, **Věra Jourová** für Werte und Transparenz, **Margaritis Schinas**, um das zu „fördern was Europa ausmacht“, **Maroš Šefčovič** für Interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau sowie **Dubravka Šuica** für Demokratie und Demografie.

Die **VizepräsidentInnen** werden für die in den politischen Leitlinien skizzierten Topprioritäten verantwortlich sein. Die 18 FachkommissarInnen werden das Fachwissen der Generaldirektionen einbringen. In sogenannten **Arbeitsaufträgen (Mission Letters)** hält Ursula von der Leyen die zukünftigen Aufgaben und Ziele der jeweiligen Kommissionsmitglieder fest.

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION

WAS IST DIE EU-KOMMISSION EIGENTLICH?

Die Europäische Kommission mit Sitz in Brüssel ist das zentrale ausführende Organ der Europäischen Union. Sie soll weisungsunabhängig von den nationalen Regierungen ausschließlich im Interesse der EU arbeiten. Dabei untersteht sie der Kontrolle des Europäischen Parlaments, dem sie rechenschaftspflichtig ist.

Aufgaben der EU-Kommission

In der EU herrscht keine Gewaltenteilung wie beispielsweise in Deutschland. Die Kommission verfügt sowohl über legislative als auch exekutive Kompetenzen. Als „Hüterin der Verträge“ hat sie die Verantwortung, dass europäische Rechtsakte eingehalten und umgesetzt werden. Bis vor kurzem verfügte nur die Kommission über das Recht, neue europäische Rechtsakte (Verordnungen und Richtlinien) auszuarbeiten und sie dem EU-Parlament und dem Ministerrat zur Entscheidung vorzulegen. Ursula von der Leyen versprach dem EU-Parlament jedoch, dass es zukünftig auch Gesetze vorschlagen könne (Initiativrecht) – die Umsetzung ist allerdings noch unklar. Die Kommission initiiert und steuert außerdem politische Prozesse durch die Veröffentlichung von Empfehlungen, Stellungnahmen, Berichten, Mitteilungen, Grün- und Weißbüchern.

Als „Hüterin der Verträge“ überwacht die Kommission die Einhaltung des europäischen Rechts durch die EU-Mitgliedstaaten, Behörden und Unternehmen. So interveniert sie zum Beispiel bei der Nichteinhaltung der „Defizitkriterien“ durch die Mitgliedstaaten, wenn also das öffentliche Defizit eines Landes drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu überschreiten droht. Oder sie handelt bei der Vergabe wettbewerbsverzerrender Subventionen. Bei nicht fristgerechter Umsetzung von EU-Richtlinien kann sie Vertragsverletzungsverfahren einleiten und gegebenenfalls vor dem Gerichtshof der Europäischen Union Klage erheben. Sie verbietet dem EU-Recht widersprechende Unternehmensfusionen oder verhängt Bußgelder, wenn Unternehmen den europäischen Wettbewerb durch unzulässige Preisabsprachen verzerren. Allerdings hat die Kommission nicht genügend Ressourcen, um die Einhaltung der EU-Vorschriften in den Mitgliedstaaten effektiv zu kontrollieren. Daher ist sie auf Informationen von nationalen Stellen sowie von Dritten, etwa zivilgesellschaftlichen Gruppen, angewiesen.

Auf europäischer Ebene nimmt die Kommission außerdem Koordinierungs-, Exekutiv- und Verwaltungsaufgaben wahr. Sie leitet zum Beispiel die Beitrittsverhandlungen mit Staaten, handelt internationale Handels- und Kooperationsabkommen aus und verwaltet sämtliche Finanzmittel der Union. Dies umfasst auch die Koordination der sogenannten Strukturfonds und der Rahmen- und Aktionsprogramme der EU. Darunter fallen auch die Umweltaktionsprogramme. Rund 80 Prozent der Haushaltsmittel leitet die Kommission allerdings direkt an die Mitgliedstaaten weiter. Diese zahlen die Fördermittel etwa an Regionalbehörden oder LandwirtInnen aus.

Verwaltungsstruktur

Eine Amtszeit der EU-Kommission dauert fünf Jahre. In der Regel tagt die Kommission wöchentlich. In ihren Sitzungen treffen die KommissarInnen alle wesentlichen Entscheidungen. Sie fassen Beschlüsse, führen Erörterungen durch und verabschieden Gesetzesvorschläge. Die Verwaltung der EU-Kommission gliedert sich in ein Generalsekretariat, das die Arbeit koordiniert, sowie 31 Generaldirektionen (GD) und 16 Dienststellen, die den Kommissionsmitgliedern unterstehen und ihnen zuarbeiten. Beispielsweise ist die Hauptaufgabe der GD Umwelt, neue Rechtsvorschriften im Umweltbereich zu initiieren und auszuarbeiten sowie sicherzustellen, dass Maßnahmen, die auf europäischer Ebene vereinbart wurden, in den Mitgliedstaaten auch tatsächlich umgesetzt werden.

Insgesamt bewältigen rund 32.000 VerwaltungsmitarbeiterInnen, ExpertInnen, ÜbersetzerInnen, DolmetscherInnen und SekretärInnen die laufende Arbeit der Kommission. Die Zahl mag hoch erscheinen, ist aber tatsächlich niedriger als der Personalstand der meisten mittelgroßen Städte in Europa. Ferner unterstehen der EU-Kommission Außenstellen, Forschungseinrichtungen und Vertretungen in den Mitgliedstaaten.

Die Vertretung der Kommission in Deutschland hat ihren Hauptsitz in Berlin. Die Vertretungen sind die wichtigsten Informationsvermittler zwischen der Europäischen Kommission und den BürgerInnen sowie zentrale Ansprechpartner für Medien. Sie gewährleisten eine ständige Präsenz in Wirtschaft und Politik, bei Wissenschaft und Verbänden.

Ernennung der Kommission

Der/die KommissionspräsidentIn wird vom Europäischen Parlament gewählt. Zunächst muss er/sie allerdings vom Europäischen Rat der Staats- und RegierungschefInnen vorgeschlagen werden. Dabei sollte sich der Rat an den Wahlergebnissen orientieren (SpitzenkandidatInnenprinzip).

Im Einvernehmen mit dem/der neuen KommissionspräsidentIn ernennt dann jeder Mitgliedstaat eine/-n KommissarIn. Dabei muss bei der Postenauswahl auf das Gleichgewicht zwischen politischer Couleur und Geschlecht geachtet werden, aber auch ein geografisches Gleichgewicht hergestellt und berücksichtigt werden, ob die KommissarInnen aus großen oder kleinen Mitgliedsländern kommen. Vor der endgültigen Ernennung muss sich jedes designierte Kommissionsmitglied einer ausführlichen Anhörung vor den für das jeweilige Ressort wichtigen Ausschüssen des EU-Parlaments unterziehen.

Das Parlament muss der KandidatInnenliste zustimmen – entweder komplett oder gar nicht – sonst kann die Kommission nicht ernannt werden. Bei den Anhörungen im September und Oktober 2019 fiel die französische Kandidatin Sylvie Goulard aufgrund laufender Ermittlungen gegen sie zu einer Affäre um Scheinbeschäftigung sowie aufgrund einer mehrjährigen hoch dotierten Beratertätigkeit für die Denkfabrik eines Privatinvestors durch. Sie hätte das Ressort für Binnenmarkt übernehmen sollen. Zwei weitere designierte KommissarInnen aus Ungarn (Laszlo Trócsányi) und Rumänien (Rovana Plumb) wurden schon vor den Anhörungen vom Rechtsausschuss des EU-Parlaments aufgrund möglicher finanzieller Interessenkonflikte abgelehnt. Dazu kam, dass Großbritannien für die Zeit bis zu seinem Austritt aus der EU noch ein Kommissionsmitglied nach benennen sollte. Diesem Aufruf kam Großbritannien aufgrund der anstehenden Neuwahlen im Land nicht nach und die EU-Kommission

leitete ein Vertragsverletzungsverfahren ein. Durch diese Umstrukturierungen und Hindernisse verschob sich der Amtseintritt der neuen EU-Kommission vom ursprünglich ersten November auf den ersten Dezember. Am 27. November 2019 wurde die EU-Kommission im EU-Parlament mit einer breiten Mehrheit von 461 der insgesamt 707 Abgeordneten gewählt. Sie fängt zunächst ohne ein britisches Kommissionsmitglied an zu arbeiten.

Dr. Raphael Weyland vom NABU in Brüssel betonte nach der Wahl der EU-Kommission, dass die Kommission die Chance hätte, die EU und die Welt aus der ökologischen Krise herauszuführen. Dafür sei es wichtig, dass Frau von der Leyen und ihre Kommissionsmitglieder den Empfehlungen der Wissenschaftler nachkämen und sich nicht von Partikular-Interessen wie die der Landwirtschafts-Lobby ablenken lassen dürfe.

Clusterprinzip

Die Arbeit in von der Leyens Kabinett beruht auf dem sogenannten Clusterprinzip – jede/-r der acht VizepräsidentInnen ist für einen Aufgabenbereich verantwortlich, einem Cluster. Die FachkommissarInnen sind diesen Clustern größtenteils in Projektteams zugeordnet. Einzig den VizepräsidentInnen Dubravka Suica (Demokratie und Demografie) und Maroš Šefčovič (Interinstitutionelle Beziehungen und Voraussicht) werden keine FachkommissarInnen zuarbeiten. Die drei exekutiven VizepräsidentInnen Timmermans, Vestager und Dombrovskis spielen eine besondere Rolle, da sie die großen, zentralen Themen der EU-Kommission leiten und gleichzeitig einen Politikbereich verwalten. In Abwesenheit von der Leyens wird Timmermans ihre Vertretung sein.

Grafik Seite 10:

Alle acht VizepräsidentInnen unterstehen der Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen direkt. Drei VizepräsidentInnen (Timmermans, Vestager, Dombrovskis) haben eine herausgehobene, exekutive Stellung – sie koordinieren die drei großen, zentralen Themen der EU-Kommission und leiten gleichzeitig einen Politikbereich. Die FachkommissarInnen sind den VizepräsidentInnen größtenteils in Projektteams zugeordnet (Clusterprinzip), es ist möglich das ein/-e FachkommissarIn auch zwei Vizepräsidenten zuarbeitet oder VizepräsidentInnen gar nicht von FachkommissarInnen zugearbeitet wird. Einzig der Fachkommissar für Haushalt (Johannes Hahn) untersteht Ursula von der Leyen direkt.

URSULA VON DER LEYEN PRÄSIDENTIN

Johannes Hahn
Fachkommissar

Haushalt

Valdis Dombrovskis

Exekutiver Vizepräsident

Eine Wirtschaft für die Menschen und Ressort Finanzen

- **Phil Hogan** (Handel)
- **Elisa Ferreira** (Kohäsion & Reformen)
- **Paolo Gentiloni** (Wirtschaft)
- **Nicolas Schmit** (Arbeitsplätze & soziale Rechte)

Frans Timmermans

Exekutiver Vizepräsident

Europäischer Green Deal und Ressort Klimapolitik

- **Kadri Simson** (Energie)
- **Stella Kyriakides** (Gesundheit)
- **Janusz Wojciechowski** (Landwirtschaft)
- **Virginijus Sinkevičius** (Umwelt, Ozeane & Fischerei)
- **Adina Vălean** (Verkehr)

Margrethe Vestager

Exekutive Vizepräsidentin

Ein digitales Europa und Ressort Wettbewerb

- **Mariya Gabriel** (Innovation, Forschung, Kultur, Bildung & Jugend)
- **Thierry Breton** (Binnenmarkt)

Josep Borrell

Hoher Vertreter und Vizepräsident

Außen- und Sicherheitspolitik

- **Jutta Urpilainen** (Internationale Partnerschaften)
- **Olivér Várhelyi** (Nachbarschaft & Erweiterung)
- **Janez Lenarčič** (Krisenmanagement)
- **Phil Hogan** (Handel)

Vera Jourová

Vizepräsidentin

Werte und Transparenz

- **Didier Reynders** (Justiz)
- **Helena Dalli** (Gleichberechtigung)

Dubravka Suica

Vizepräsidentin

Demokratie und Demografie

Magaritis Schinas

Vizepräsidentin

Fördern was Europa ausmacht

- **Ylva Johansson** (Inneres)
- **Mariya Gabriel** (Innovation, Forschung, Kultur, Bildung & Jugend)
- **Stella Kyriakides** (Gesundheit & Lebensmittelsicherheit)

Maroš Šefčovič

Vizepräsidentin

Interinstitutionelle Beziehungen und Voraussicht

DIE KOMMISSIONS- PRÄSIDENTIN

URSULA VON DER LEYEN (DEUTSCHLAND)

Präsidentin der EU-Kommission

Ursula Gertrud von der Leyen (* 8. Oktober 1958) wurde am 16. Juli 2019 mit einer knappen Mehrheit von 383 der insgesamt 747 Abgeordneten zur EU-Kommissionspräsidentin gewählt. Damit ist sie die erste Frau, die das wichtigste Amt in der EU bekleiden wird, und auch die erste Deutsche seit Walter Hallstein, der vor mehr als 50 Jahren als erster Vorsitzender an der Spitze der damals noch Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) stand.



Die studierte Medizinerin Ursula von der Leyen trat 1990 der CDU bei, die der konservativen Fraktion im EU-Parlament der Europäischen Volkspartei (EVP) angehört. Sie ist die Tochter des früheren Ministerpräsidenten Niedersachsens Ernst Albrecht, ging selbst allerdings erst mit 43 Jahren in die Politik. Seit 1996 engagierte sich von der Leyen auf diversen Ebenen der niedersächsischen Kommunal- und Regionalpolitik bis sie 2003 Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit unter dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff wurde. Ein Jahr später wurde sie beim CDU-Bundesparteitag überraschend in das Präsidium der CDU gewählt, diesem gehört sie seither durchgehend an. 2005 wurde sie im ersten Merkel-Kabinett zur Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vereidigt. Im Jahr 2009 wurde sie erneut Familienministerin unter Merkel, nach dem Rücktritt des Bundesministers für Arbeit und Soziales Franz Josef Jung wurde von der Leyen im November 2009 zu dessen Nachfolgerin im Amt ernannt. Ab 2013 übernahm sie als erste Frau das Amt der Verteidigungsministerin, auch unter Merkel, und hielt es, bis sie 2019 zur EU-Kommissionspräsidentin nominiert wurde. Deshalb ließ sie ihr Amt als stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, welches sie seit 2010 innehatte, ruhen. Ursula von der Leyen ist Mitglied der überparteilichen Europa-Union Deutschland, die sich für ein föderales Europa und den europäischen Einigungsprozess einsetzt. Da sie in Brüssel aufwuchs und einige Jahre in Großbritannien und den USA lebte, spricht sie fließend Deutsch, Englisch und Französisch.

„Wenn ich gewählt werde, werde ich für eine stärkere Verbindung sorgen zwischen Menschen, Ländern und Institutionen. Zwischen Erwartungen und Ergebnissen. Zwischen Worten und Taten. Meine Kommission wird den Menschen in Europa zuhören und dort entschlossen handeln, wo es Sinn macht, dass wir handeln – und sie wird nationale, regionale und lokale Akteure dort handeln lassen, wo deren Handeln sinnvoll ist“ verspricht von der Leyen in ihren politischen Leitlinien der

EU-Kommission. Für sechs übergreifende Ziele möchte sie sich in den kommenden fünf Jahren stark machen:

- Ein europäischer Grüner Deal
- Eine Wirtschaft, deren Rechnung für die Menschen aufgeht
- Ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist
- Fördern, was Europa ausmacht
- Ein stärkeres Europa in der Welt
- Neuer Schwung für die Demokratie in Europa.

Umwelt- und Klimaschutzorganisationen wie der Deutsche Naturschutzring (DNR), das Europäische Umweltbüro (EEB), das EU-Büro des WWF und der Naturschutzbund Deutschland (NABU) stimmen in ihrer jeweiligen Beurteilung einhellig zu, dass von der Leyens Aussagen zum Klimaschutz zu begrüßen seien. Nicht genannt blieben auf ihrer Agenda jedoch zentrale Herausforderungen wie das Massenartensterben oder der überfällige Umbau der EU-Agrarpolitik. Auch die konkrete Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele sowie die Ausarbeitung und zukünftige Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung fanden noch keine Erwähnung.

Ursula von der Leyen unterstehen das Generalsekretariat (SG), der Juristische Dienst (SJ), die Generaldirektion Kommunikation (COMM) und das Europäische Zentrum für politische Strategie (EPSC).

DER „EUROPÄISCHE GRÜNE DEAL“ UND SEINE UMSETZUNG

FRANS TIMMERMANS
(NIEDERLANDE)

Exekutiver Vizepräsident für den „Europäischen Grünen Deal“ und Kommissar für Klimapolitik

Franciscus Cornelis Gerardus Maria „Frans“ Timmermans (* 6. Mai 1961) trat bei der Europawahl im Mai 2019 als Spitzenkandidat der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) an, um ursprünglich selbst

EU-Kommissionspräsident zu werden, jedoch fand er unter den Staats- und Regierungschefs keine Mehrheit. In der neuen EU-Kommission, die Ursula von der Leyen anführt, ist er einer der drei exekutiven VizepräsidentInnen und für das zentrale Thema des „Europäischen Grünen Deal“ sowie das Ressort Klimapolitik verantwortlich. Ihm unterstehen die fünf KommissarInnen für Energie (Simson), Umwelt, Ozeane und Fischerei (Sinkevičius), Landwirtschaft (Wojciechowski), Gesundheit (Kyriakides) und Verkehr (Vălean). Auch die Kommissarin für Kohäsion und Reformen (Ferreira) ist relevant für die Arbeit an dem „Europäischen Grünen Deal“.



In den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit bringe er den Grünen Deal auf den Weg, versprach Timmermans bei seiner Anhörung vor dem Umweltausschuss des Europaparlaments. In dem Arbeitsauftrag, den ihm von der Leyen erteilte, wird ihm die Verantwortung für die notwendige Senkung der EU-Treibhausgasemissionen auf 50 Prozent, im besten Fall 55 Prozent bis 2030 übertragen. In diesem Zuge soll Timmermans den neuen Just Transition Fonds koordinieren, um die von der Energiewende am meisten betroffenen Regionen in ihrem Wandel zu unterstützen. Die Einführung einer grenzüberschreitenden CO₂-Steuer, die im Einklang mit Vorschriften der Welthandelsorganisation stehen soll, und die Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie für eine angemessene Steuerpolitik im Rahmen der Klimaziele wird ebenfalls essentieller Teil seiner Arbeit sein. Des Weiteren ist er für die Koordination der Entwicklung einer Biodiversitätsstrategie 2030, der Null-Schadstoff-Maßnahme, der Kreislaufwirtschaft sowie die Ausarbeitung der Strategie für nachhaltige Ernährung „Farm to Fork“ zuständig. Für das Klimaportfolio soll das erste europäische Klimagesetz für Treibhausgasneutralität 2050 auf den Weg gebracht werden. Auch soll es um die Umsetzung von Klima- und Umweltgesetzen wie beispielsweise für das EU-Emissionshandelssystem (ETS) und dessen Ausweitung auf den maritimen Sektor oder die Landnutzung, -änderung und Forstwirtschaft (LULUCF) erfolgen. Ein Europäischer Klimapakt soll außerdem klimaschutzbewusste Verhaltensweisen der Gesellschaft durch Zusammenarbeit von

Industrie, Zivilgesellschaft, Schulen und Regionen fördern. In der Planung des Grünen Deals steht Timmermans das Generalsekretariat zur Seite, seine Arbeit am Klimaportfolio wird von der Generaldirektion für Klimaschutzmaßnahmen unterstützt.

Nach der Anhörung Timmermans' vor dem Europaparlament beklagten Umweltverbände die unkonkreten Aussagen zur Gestaltung eines klimafreundlicheren Verkehrs und schwammige Formulierungen in Bezug auf die Biodiversitätsstrategie. Es fehle an verbindlichen Zielen für Artenschutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen.

Von 2007 bis 2010 war Timmermans Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten im Kabinett unter Jan Peter Balkenende. Zwischen 2010 und 2012 sowie von 1998 bis 2007 saß Timmermans für die sozialdemokratische Arbeiterpartei im niederländischen Parlament, danach wurde er im Jahr 2012 für zwei Jahre Außenminister. Von 2014 bis 2019 war Timmermans Erster Vizepräsident unter Ex-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und als EU-Kommissar verantwortlich für bessere Rechtsetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit, die Grundrechtecharta und auf Druck von Umweltverbänden auch für nachhaltige Entwicklung. Außerdem war er Vorstandsmitglied der niederländischen Europäischen Bewegung, einem europaweiten Zusammenschluss von Organisationen mit dem Ziel der Förderung eines vereinten, föderalen Europas.

ADINA VĂLEAN (RUMÄNIEN)

Kommissarin für Verkehr

Die Rumänin Adina Vălean (* 16. Februar 1968) ist die Ersatzkandidatin für das Ressort Verkehr, nachdem ihre Kollegin Rovana Plumb schon vor den Anhörungen vom Rechtsausschuss des EU-Parlaments abgelehnt wurde. Sie soll den Verkehr in Europa nachhaltig, sicher, zugänglich und erschwinglich gestalten.



Vălean soll laut Arbeitsauftrag eine Strategie für nachhaltigen und intelligenten Transport entwickeln, welche insbesondere die Nutzung von alternativen, nachhaltigen Kraftstoffen für Luft-, Wasser- und Straßenverkehr impliziert. Außerdem wird sie das Emissionshandelssystem (ETS) auf den maritimen Sektor ausweiten und die Freimengen für Flugzeuge verringern. Bezüglich der Null-Schadstoff-Maßnahme soll sie sich dem Ausmaß des Verkehrs auf das Klima widmen – von Emissionsreduktionen bis hin zu Luft-, Wasser- und Lärmverschmutzungen. Weiterhin soll sie darauf achten, dass die Energiesteuerrichtlinie mit den Klimazielen einhergeht und fossile Brennstoffe nicht mehr subventioniert werden. Sie wird sich für die Modernisierung essentieller Transportsysteme einsetzen und für den Ausbau der Infrastrukturen verantwortlich sein, die im europäischen Raum für einen funktionierenden Transportbinnenmarkt fehlen. Verkehr in Europa soll inklusiv, bezahlbar, zuverlässig und sicher sein. Auch für die Erweiterung und Verbesserung der Verbindungen in EU-Nachbarländer sowie

die Durchführung von Infrastrukturprojekten mit doppeltem Verwendungszweck zur Verbesserung der militärischen Mobilität ist Vălean verantwortlich sein. In ihrer Arbeit wird sie von der Generaldirektion für Mobilität und Verkehr unterstützt.

Adina Vălean studierte zunächst Mathematik und schloss danach ein Studium im Bereich Europäische Integration und Sicherheitsstudien ab. Sie arbeitete erst als Mathematik-Lehrerin und wechselte dann 1997 ins Ministerium für Jugend und Sport. Im Jahr 1999 trat sie der Partidul Național Liberal (PNL) bei und von 2000 bis 2002 hatte sie das Amt der Generalsekretärin der Jugendorganisation der PNL inne. Im Jahr 2006, noch vor Rumäniens Beitritt in die EU, hatte Vălean den Status einer Parlamentsbeobachterin beim EU-Parlament, um mit der Arbeitsweise des Parlaments vertraut zu werden. Sie sitzt seit 2007 im EU-Parlament – zunächst für die liberale ALDE und ab 2014 für die EVP. In ihrer Zeit als EU-Abgeordnete saß sie unter anderem im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie und war stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.

JANUSZ WOJCIECHOWSKI (POLEN)

Kommissar für Landwirtschaft

Janusz Wojciechowski (* 6. Dezember 1954) konnte den Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europaparlaments erst im zweiten Anlauf für sich gewinnen und hat künftig das Amt des Landwirtschaftskommissars in der EU-Kommission inne. Er soll für eine Landwirtschaft stehen, die ihre dauerhaften Verpflichtungen weiterhin erfüllt und zugleich fähig ist, sich an Klimawandel, Demografie und Technologie anzupassen. Im Zuge des Grünen Deals wird er eine gesündere, nachhaltigere Lebensmittelproduktion vorantreiben.



Wojciechowski soll sich für eine schnelle Einigung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 einsetzen und dabei einen konkreten Fokus auf Ernährungssicherheit sowie Umwelt- und Klimaziele legen. Sobald die Verhandlungen abgeschlossen sind, ist eine vollständige Umsetzung der neuen Maßnahmen vorgesehen. Hierfür wird Wojciechowski eng mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um EU-Ziele und nationale Prioritäten zu vereinbaren. Im Rahmen der Strategie für eine nachhaltige Lebensmittel-erzeugung „vom Erzeuger bis zum Verbraucher“ (Farm-to-Fork -Strategie) ist zu untersuchen, inwiefern sich die Lebensmittelproduktion nachhaltiger gestalten lässt - ohne Pestizide, Düngemittel und Chemikalien innerhalb und außerhalb Europas. Diese Ambitionen sind ebenfalls Teil der Null-Schadstoff-Maßnahme. Auch der Ausbau der Herkunftsbezeichnungen von Lebensmitteln wird in von der Leyens' Arbeitsauftrag erwähnt. Zusammen mit der Vizepräsidentin für Demokratie und Demographie (Šuica) trägt Wojciechowski die Verantwortung für eine neue Langzeitstrategie für ländliche Gegenden und deren

Einbeziehung in nationale Strategiepläne der neuen GAP. Die Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung wird Wojciechowski in seinen Vorhaben unterstützen.

Im Mittelpunkt seiner Anhörung vor dem Europaparlament stand die Reform der GAP. Neue Legislativvorschläge kann das Parlament von ihm demnach nicht erwarten. Er signalisierte aber Kompromissbereitschaft während der interinstitutionellen Verhandlungen. Die sogenannten Eco-Schemes (Umweltmaßnahmen) sollen seiner Auffassung nach freiwillig bleiben. Für zusätzliche Umweltleistungen seien 20 Prozent „ein sehr guter Ausgangspunkt“. Direktzahlungen sollen ausschließlich an „echte“ LandwirtInnen gehen. Er kündigte zudem einen Aktionsplan an, um die ökologische Landwirtschaft stärker zu fördern.

Janusz Wojciechowski war von 1995 bis 2001 Präsident des Obersten Rechnungshofs in Polen und danach zwischen 2001 und 2004 Mitglied im polnischen Parlament (Sejm). Seit 2004 war Janusz Wojciechowski Abgeordneter für wechselnde Parteien im Europäischen Parlament, zuletzt für die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS). Im Jahr 2016 schied er aus, weil er an den Europäischen Rechnungshof berufen wurde.

KADRI SIMSON (ESTLAND)

Kommissarin für Energie

Die Estin Kadri Simson (* 22. Januar 1977) wird in der neuen EU-Kommission ihr erstes Amt in der EU als Kommissarin für Energiepolitik wahrnehmen. Sie untersteht Frans Timmermans und wird maßgeblich am europäischen Grünen Deal in Bezug auf die Energiewende mitarbeiten.



Ein Hauptziel der zukünftigen europäischen Energiepolitik ist es, den Zugang zu bezahlbarer, sicherer, sauberer und nachhaltiger Energie zu ermöglichen. Dafür sollen Gesetze zur Energieeffizienz und zu erneuerbaren Energien schnellstmöglich umgesetzt und gegebenenfalls auch überarbeitet werden, um den Zielen des Grünen Deals gerecht zu werden. Hierbei spielt die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle, um die nationalen Energie- und Klimapläne auszuarbeiten. Das von Maroš Šefčovič (Vizepräsident für die Energie-Union unter Jean-Claude Juncker 2014-2019) ausgearbeitete Energieeffizienz-Zuerst-Prinzip soll weiterhin gelten, wobei der Fokus insbesondere auf schnellere Renovierungsraten und Energieeffizienz von Gebäuden gelegt werden soll. In von der Leyens Arbeitsauftrag wird Simson die Aufgabe einer beschleunigten Bereitstellung von erneuerbaren Energien sowie der dichteren Vernetzung und verbesserten Möglichkeiten der Energiespeicherung übertragen. Es sollen Anreize für Investitionen in saubere Energien gesetzt und die nötigen Infrastrukturen im Rahmen des neuen Investitionsplans für ein nachhaltiges Europa geschaffen werden.

Außerdem wird Simson zusammen mit Timmermans an einer angemessenen Steuerpolitik für die Umsetzung der Klimaziele wie der grenzüberschreitenden CO₂-Steuer arbeiten. Zudem wird Simson eine neue Gasstrategie entwickeln, den Ausstieg aus der Atomkraft weiterhin begleiten und an der Gestaltung des Just Transition Fonds mitarbeiten. Durch die EU-Beobachtungsstelle für Energiearmut (EPOV) sollen Regionen in der EU identifiziert werden, die auf Grund einer prekären Energieversorgung die Unterstützung des Staates benötigen. Die Generaldirektion für Energie wird sie in den Fragen europäischer Energiepolitik unterstützen.

Umwelt- und Klimaschutzorganisationen wie CAN Europe, Friends of the Earth Europe und Greenpeace zeigten sich nach der Anhörung der Estin vor dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) enttäuscht. Sie habe sich nicht eindeutig zur Anhebung der 2030-Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz geäußert. Auch ihre Unterstützung von Gas als Brückentechnologie stieß bei den KlimaschützerInnen auf Ablehnung. Mit Gas könne keine treibhausgasneutrale EU erreicht werden.

Kadri Simson fungierte zwischen 2003 und 2007 als Generalsekretärin der estnischen Zentrumspartei und arbeitete 2003 auch als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Parlamentarischen Versammlung der NATO. Von 2007 bis 2016 war Simson Mitglied im estnischen Parlament (Riigikog). Sie ist Mitglied der estnischen Zentrumspartei und war von 2016 bis 2019 Ministerin für Wirtschaft und Infrastruktur. Während des estnischen Ratsvorsitzes der EU 2017 leitete sie unter anderem die Tagungen der Energie- und VerkehrsministerInnen im Rat „Verkehr, Telekommunikation und Energie“.

STELLA KYRIAKIDES (ZYPERN)

Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Die Christdemokratin Stella Kyriakides (* 10. März 1956) ist die neue Kommissarin für Gesundheit in von der Leyens EU-Kommission. In dieser Rolle wird sie sich laut Arbeitsauftrag der Aufgabe widmen, die Qualität und Nachhaltigkeit der Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten zu verbessern und im Zusammenhang des Grünen Deals Standards für Lebensmittelqualität sowie Tier- und Pflanzenschutz zu setzen.



Kyriakides wird mit Sinkevičius (Umwelt und Meere) und Wojciechowski (Landwirtschaft) an der neuen Farm-to-Fork Strategie für nachhaltige Lebensmittel und an der Null-Schadstoff-Maßnahme arbeiten, indem sie den Anteil an Pestiziden verringert und durch weniger riskante, nicht chemische Alternativen ersetzt. Auch vor endokrinschädlichen Stoffen sollen Verbraucher in diesem Zuge geschützt werden. Auf ihrer Agenda steht des Weiteren, Verbraucherinformationen durch die

Kennzeichnung gesunder und nachhaltiger Lebensmittel zu verbessern. Die Zypriotin soll außerdem für die Umsetzung und Vollstreckung von Gesetzen zur Lebensmittelsicherheit sowie Tier- und Pflanzenschutz verantwortlich sein und mit dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) eine Strategie mit konkreten Maßnahmen gegen Lebensmittelfälschung entwickeln. Im Bereich Gesundheitssysteme erwartet von der Leyen eine Stärkung des Pharmastandortes Europa und die Sicherstellung des Zugangs zu bezahlbaren Medikamenten. Auch die Entwicklung einer Gesundheitsdatenbank, welche den Austausch von Daten erleichtert und gleichzeitig die Forschung an neuen präventiven Methoden und Medikamenten ermöglicht, werden in Kyriakides' Arbeitsauftrag erwähnt. Sie wird den Mitgliedstaaten bei der Krebsvorsorge und -versorgung helfen, neue Pläne gegen antimikrobielle Resistenzen entwickeln und die Bevölkerung über Impfungen aufklären. In ihrer Arbeit als Kommissarin für Gesundheit wird sie durch die Generaldirektion für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit unterstützt. Sie untersteht sowohl Frans Timmermans (Grüner Deal), als auch Margaritis Schinas (Förderung der europäischen Lebensweise).

Im Jahr 2006 wurde Stella Kyriakides ins zypriotische Parlament gewählt und seit 2013 ist sie Vize-Präsidentin der Democratic Rally Party. Im gleichen Jahr organisierte sie beim Europarat die erste Sensibilisierungskampagne für Brustkrebs. Sie ist Vorsitzende der Delegation Zyperns beim Europarat und war 2017 bis 2018 Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Außerdem ist sie Mitglied des Gesundheitskomitees und Präsidentin des Komitees für Krebsstrategien in Zypern.

VIRGINIJUS SINKEVIČIUS (LITAUEN)

Kommissar für Umwelt, Ozeane und Fischerei

Der litauische Politiker Virginijus Sinkevičius (* 4. November 1990) wurde von Ursula von der Leyen als Kommissar für Umwelt, Ozeane und Fischerei auserkoren und ist der jüngste EU-Kommissar der Geschichte.

Laut Arbeitsauftrag soll er sicherstellen, dass die blaue Wirtschaft sowie Umwelt- und Fischereisektoren einen integralen Bestandteil des Europäischen Grünen Deals bilden. Sie sollen dazu beitragen die Klimaziele einzuhalten während gleichzeitig Jobs geschaffen werden und die Wirtschaft nachhaltig wächst.



Sinkevičius wird an der Entwicklung einer Biodiversitätsstrategie für 2030 arbeiten, welche sich unter anderem mit der Natura 2000, der Entwaldung und geschützten Arten und Habitaten beschäftigen wird. Für die zukünftige Null-Schadstoff-Maßnahme sollen Wege zu einer signifikanten Reduktion von Verschmutzung durch schädliche Chemikalien, Emissionen, Pestizide und endokrine Disruptoren ausgearbeitet werden. Auch der Umgang mit Kunststoffabfällen wird ein zentraler Punkt in der Politik

des Kommissars sein – Ozeane ohne Plastik ist eine Vision. Dafür sollen die Richtlinien zu Plastik strenger umgesetzt und die Bevölkerung für das Thema Mikroplastik stärker sensibilisiert werden. In einem Plan für die Kreislaufwirtschaft soll die nachhaltige Nutzung von Ressourcen, insbesondere in ressourcenintensiven und einflussreichen Sektoren, gewährleistet werden. Neben dem Erhalt der europäischen Ökosysteme wird sich Sinkevičius auch für nachhaltige Fischerei und eine florierende blaue Wirtschaft einsetzen. Dazu gehören Maßnahmen wie die vollständige Umsetzung der reformierten Gemeinsamen Fischereipolitik und deren Evaluierung bis 2022, eine Analyse der Nachhaltigkeit von Fisch- und Meeresfrüchtekonsums (Farm-to-Fork-Strategie) sowie der Null-Toleranz-Ansatz für illegale Fischerei. Zusammen mit dem Kommissar für Handel (Hogan) soll Sinkevičius dafür sorgen, ein globales Abkommen zum Verbot von Fischereisubventionen zu finden, welches Überfischung und illegale Fischerei verhindert. In einem neuen Ansatz für eine nachhaltige blaue Wirtschaft sollen Forschung und Wissen zu maritimer Raumordnung, erneuerbaren marinen Energien, blauen Investitionen und regionaler maritimer Zusammenarbeit vereinbart werden. Diese Ziele werden in enger Zusammenarbeit mit den Generaldirektionen für Umwelt sowie Maritime Angelegenheiten und Fischerei verfolgt.

Während seiner Anhörung vor dem Umwelt- und Fischereiausschuss des Europaparlaments punktete Sinkevičius mit seiner Aussage, Gelder aus dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds nicht für neue Fischereiflotten verwenden zu wollen. Außerdem versprach er, gegen die Abholzung von Wäldern vorzugehen - Lieferketten müssten frei von illegal gerodetem Holz sein. Auch kündigte er ein härteres Vorgehen gegen endokrine Disruptoren (EDCs) an: Spielzeug, Kosmetik und Lebensmittelkontaktmaterialien dürfen keine EDCs mehr enthalten. Das europäische Büro von Greenpeace übte jedoch harsche Kritik daran, dass Sinkevičius sich nicht zum europäischen Beitrag der weltweiten Entwaldung äußerte. Es sei „eine Blamage“, dass er über das Verschwinden der Regenwälder kaum ein Wort verlor.

Nach seinem Studium in Wirtschaftswissenschaften, internationalen Beziehungen und Völkerrecht arbeitete Virginijus Sinkevičius unter anderem für den Ministerpräsidenten Litauens, in der litauischen Vertretung in den USA und als Assistent des Projektleiters beim Center for European Policy Analysis (CEPA). 2016 wurde er Mitglied im litauischen Parlament (Seimas) und seit 2017 ist er Wirtschaftsminister. Er ist Mitglied des Bunds der Bauern und Grünen Litauens.

GLOSSAR

UMWELTRICHTLINIEN, -STRATEGIEN UND -KONZEPTE IM ÜBERBLICK

DEUTSCH	ENGLISCH	ERKLÄRUNG
Biodiversitätsstrategie 2030	Biodiversity Strategy for 2030	Eine Strategie, um das Schwinden der Biodiversität zu bremsen und Umwelt, Naturschätze, Meere sowie Ozeane zu erhalten und zu schützen. Es ist abzusehen, dass die Biodiversitätsstrategie 2020 ihr Ziel verfehlt, das Artensterben zu stoppen.
Emissionshandelssystem	Emission Trading System (ETS)	Ein Instrument der EU-Klimapolitik mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen (wie CO ₂) unter möglichst geringen volkswirtschaftlichen Kosten zu senken, indem eine begrenzte Zahl an Emissionsrechten als Zertifikat ausgegeben und anschließend auf einem Markt gehandelt wird.
Energieeffizienz-Zuerst-Prinzip	Energy-Efficiency-First Principle	Das Prinzip der Energieeinsparung soll die Abhängigkeit von Energieimporten verringern, Arbeitsplätze schaffen und die Emissionen reduzieren. Nach diesem Prinzip soll Energieeinsparung an erster Stelle stehen.
Energiesteuer-richtlinie	Energy Taxation Directive	Eine EU-Richtlinie, die die Rahmenbedingungen der Europäischen Union zur Besteuerung von Strom, Kraftstoffen und den meisten Heizstoffen festlegt.
Europäischer Klimapakt	European Climate Pact	Eine Initiative, die Regionen, lokale Gemeinschaften, die Zivilgesellschaft, Industrie und Schulen zusammenbringt. Gemeinsam werden sie eine Reihe von Zusagen ausarbeiten und sich zu ihrer Einhaltung verpflichten, um von der Einzelperson bis zum größten multinationalen Unternehmen eine Verhaltensänderung zu bewirken.
Europäisches Semester	European Semester	Ein Zyklus, in dessen Verlauf die EU-Mitgliedstaaten ihre Wirtschafts- und Fiskalpolitik aufeinander abstimmen. Im Zeitraum von Januar bis Juni überprüfen die EU-Institutionen die Haushalts- und Strukturpolitik der Mitgliedstaaten, um ihre Wirtschafts-, Finanz-, und Arbeitsmarktpolitik aufeinander abzustimmen, und einen stabilen Rahmen für die europäische Finanzpolitik zu schaffen. Die Versuche das Europäische Semester nachhaltiger zu gestalten sind bisher erfolglos geblieben.

DEUTSCH	ENGLISCH	ERKLÄRUNG
Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)	Common Agricultural Policy (CAP)	Die GAP ist ein umfangreiches Steuerungs- und Finanzierungsinstrument für die Landwirtschaft. Sie verfolgt im Kern seit 60 Jahren die gleichen Ziele (landwirtschaftliche Produktivität steigern, die Versorgung sichern, Landwirte unterstützen und natürliche Ressourcen nachhaltig nutzen). Da die Ziele und Instrumente nicht an die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen angepasst wurden, werden über 30 Prozent des gesamten EU-Budgets für eine Landbewirtschaftung ausgegeben, die durch immer höhere Intensität die Biologische Vielfalt bedroht und unsere Gewässer, Böden, Luft und Klima immer stärker belastet.
Gemeinsame Fischereipolitik (GFP)	Common Fisheries Policy (CFP)	Regelwerk, das für die Fischerei, als auch für den Meeresschutz wichtige Ziele festlegt. So soll bis zum Jahr 2020 die Überfischung in Meeren beendet werden. Die Realität sieht allerdings anders aus. Die Fangmengenbeschränkungen reichen nicht aus. Die Überfischung wurde trotz Strategie nur minimal verringert.
Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa	Sustainable Europe Investment Plan	Finanzinstrument, um in Spitzenforschung und Innovation für den ökologischen Wandel zu investieren.
Just Transition Fonds	Just Transition Fund	Fonds, um die von der Energiewende am meisten betroffenen Regionen (Kohleindustrie) in ihrem Wandel zu einer kohlenstofffreien Wirtschaft zu unterstützen.
Landnutzung, -änderung und Forstwirtschaft	Land Use, Land-Use Change, and Forestry (LULUCF)	Ein Rechtsrahmen für die Emissionen sowie Einspeicherung und Freisetzung von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft. Demnach sollen die Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass in der Nutzung von Böden und Wäldern nicht mehr Treibhausgase freigesetzt, als gleichzeitig gebunden werden.
Natura 2000	Natura 2000	Ein zusammenhängendes Netz von Schutzgebieten innerhalb der Europäischen Union, das seit 1992 nach den Maßgaben der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie errichtet wird. Sein Zweck ist der länderübergreifende Schutz gefährdeter wildlebender heimischer Pflanzen- und Tierarten und ihrer natürlichen Lebensräume. In das Schutzgebietsnetz werden auch die gemäß der Vogelschutzrichtlinie ausgewiesenen Gebiete integriert.

DEUTSCH	ENGLISCH	ERKLÄRUNG
Null-Schadstoff-Maßnahme	Zero Pollution Ambition	Bereichsübergreifende Strategie, mit der die Gesundheit der BürgerInnen vor Umwelterstörung und -verschmutzung geschützt werden soll. Sie befasst sich mit der Luft- und Wasserqualität, gefährlichen Chemikalien, Industrieemissionen, Pestiziden und endokrinen Disruptoren.
Strategie für eine nachhaltige Lebensmittelerzeugung „vom Erzeuger bis zum Verbraucher“	Farm-to-Fork-Strategy	Strategie, um die gesamte Wertschöpfungskette von Stall bis auf den Teller nachhaltiger auszurichten. Die Strategie soll ein wichtiger Bestandteil des Europäischen Grünen Deals werden.

WEITERE VIZEPRÄSIDENT*INNEN

MARGRETHE VESTAGER
(DÄNEMARK)

**Exekutive Vizepräsidentin für ein
Europa des digitalen Zeitalters und
Kommissarin für Wettbewerb**



Die sozialliberale Politikerin Margrethe Vestager (* 12. April 1968) ging im Mai 2019 als Spitzenkandidatin für die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) ins Rennen, ursprünglich in der Hoffnung die neue EU-Kommissionpräsidentin zu werden. In der neuen EU-Kommission wurde sie als exekutive Vizepräsidentin für ein Europa des digitalen Zeitalters auserkoren. Ihr unterstehen die zwei KommissarInnen für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend (Gabriel) sowie Binnenmarkt (Breton).

Zusammen mit dem exekutiven Vizepräsidenten für eine Wirtschaft im Dienste der Menschen (Dombrovskis) wird Vestager an einer Langzeitstrategie für Europas industrielle Zukunft und an einer neuen Strategie für kleine und mittelständige Unternehmen (KMU) arbeiten. Innerhalb der ersten 100 Tage ihrer Amtszeit soll sie einen europäischen Ansatz zum Umgang mit künstlicher Intelligenz vorstellen. Hierbei geht es besonders um ethische Aspekte. Wie können nicht-personalisierte Daten genutzt und geteilt werden, um neue, innovative Technologien und Geschäftsmodelle zu entwickeln. Auch sollen die Sicherheitsanforderungen für digitale Plattformen, Dienstleistungen und Produkte in einem neuen „Digital Services Act“ verankert werden und eine Einigung bezüglich einer digitalen Steuer bis Ende 2020 gefunden werden. In puncto Wettbewerbsportfolio übertrug von der Leyen ihr die Aufgabe, den Wettbewerb in allen Sektoren zu stärken und die Wettbewerbsregeln zu evaluieren und zu überarbeiten. Der Wettbewerb, genau wie ausländischer Staatsbesitz und Subventionen, wird auch in der Strategie für Europas industrielle Zukunft eine wichtige Rolle spielen. An ihrer Seite arbeiten das Generalsekretariat und die Generaldirektion für Kommunikation.

Von 2007 bis 2014 übernahm Margrethe Vestager die Parteiführung der sozialliberalen Partei „Radikale Venstre“. Vor ihrer EU-Karriere war sie von 2011 bis 2014 dänische Wirtschafts- und Innenministerin und stellvertretende Regierungschefin. Danach war sie von 2014 bis 2019 Kommissarin für europäischen Wettbewerb in der EU-Kommission von Jean-Claude Juncker.

VALDIS DOMBROVSKIS (LETTLAND)

Exekutiver Vizepräsident für eine Wirtschaft im Dienste der Menschen und Kommissar für Finanzen

Der Physiker und Ingenieur Valdis Dombrovskis (* 5. August 1971) wird neben Timmermans (Grüner Deal) und Vestager (Digitales Europa) der dritte exekutive Vizepräsident der neuen EU-Kommission

unter Ursula von der Leyen sein. Er ist für „eine Wirtschaft im Dienste der Menschen“ verantwortlich und hat gleichzeitig das Amt des Kommissars für Finanzen inne. Ihm werden die vier KommissarInnen für Wirtschaft (Gentiloni), Kohäsion und Reformen (Ferreira), Arbeitsplätze und soziale Rechte (Schmit) sowie Handel (Hogan) unterstehen.



Laut Arbeitsauftrag trägt Dombrovskis die Verantwortung für die sozialen Rechte (European Pillar of Social Rights) und den sozialen Dialog einer modernen, europäischen Wirtschaft. Auch wird er das Konzept des Europäischen Semesters überarbeiten und die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) integrieren. Das Europäische Semester wurde im Rahmen der Europa-2020-Strategie eingeführt und soll dazu beitragen, die nationale Haushaltsdisziplin zu sichern und eine leistungsfähigere Wirtschaft zu schaffen. Dombrovskis wird an dem Investitionsplan für ein nachhaltiges Europa arbeiten und somit klimarelevante Investitionen erhöhen. Eine grüne Finanzstrategie soll die Rolle des Finanzsektors bei der Erreichung von Umwelt- und Klimazielen verstärken. Gemeinsam mit Margrethe Vestager (Digitales Europa) wird er sich um eine Langzeitstrategie für Europas industrielle Zukunft und die finanziellen Aspekte einer neuen Strategie für kleine und mittelständige Unternehmen (KMU) kümmern. Weiterhin soll er die Rolle des Euro sowie Handels- und Wirtschaftsbeziehungen stärken. Dombrovskis wird die Koordination der Arbeit zur Unterstützung der Strukturreformen der Mitgliedstaaten koordinieren, welche das integrative Wachstum und den territorialen Zusammenhalt beschleunigen sollen. In Bezug auf Finanzen soll er die finanzielle Stabilität verbessern, Sparsende und InvestorInnen schützen und den Kapitalfluss sichern. Hierfür soll für die Bankenunion neben den zwei schon voll funktionsfähigen Pfeilern (Einheitlicher Bankenaufsichtsmechanismus und einheitlicher Bankenabwicklungsmechanismus) ein weiterer Pfeiler zur gemeinsamen Einlagensicherung ausgearbeitet werden. Außerdem arbeitet Dombrovskis laut Arbeitsauftrag an der Kapitalmarktunion und wird sich darauf konzentrieren, Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen zu erweitern und grenzüberschreitenden Kapitalfluss zu ermöglichen. Zudem wird er neue, digitale Technologien im Finanzsystem durch eine FinTech-Strategie unterstützen. Geldwäsche und die Finanzierung terroristischer Aktivitäten sollen durch die Umsetzung relevanter Gesetze, erhöhte Überwachung und höhere internationale Standards verhindert werden. Auf der Agenda steht darüber hinaus die Unabhängigkeit Europas gegenüber von Sanktionen von Dritten. Er ist für die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) verantwortlich. Valdis Dombrovskis wird in seiner Arbeit für die „Wirtschaft im Dienste der Menschen“ vom Generalsekretariat unterstützt, bezüglich des

Portfolios für Finanzdienstleistungen arbeitet er mit der Generaldirektion für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA) zusammen.

Nach verschiedenen Tätigkeiten als Labor- und Forschungsassistent arbeitete Dombrovskis ab 1998 als Spezialist für Makroökonomie bei der lettischen Staatsbank. 2002 war er Mitbegründer der Partei Neue Ära (JL) und war dann bis 2004 Finanzminister. Von 2004 bis 2009 saß er als Abgeordneter im Europaparlament. 2009 wurde er aufgrund des Rücktrittes des damaligen Ministerpräsidenten mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt und übernahm das Amt des Ministerpräsidenten. 2011 wechselte er zu der lettischen liberal-konservativen Partei Vienotība. Bei der Europawahl 2014 wollte Dombrovskis als Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei (EVP) kandidieren, zog seine Kandidatur jedoch zu Gunsten von Jean-Claude Juncker zurück. Stattdessen wurde er Spitzenkandidat der Partei Vienotība bei der Europawahl und zog für ein halbes Jahr in das EU-Parlament ein, bevor er Vizepräsident für sozialen Dialog und Euro in der EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker wurde.

DUBRAVKA ŠUICA (KROATIEN)

Vizepräsidentin für Demokratie und Demografie

Die Kroatin Dubravka Šuica (* 20. Mai 1957) wurde von Ursula von der Leyen auserkoren, das Amt der Vizepräsidentin für Demokratie und Demografie zu übernehmen.



Sie soll europäische BürgerInnen dazu bringen, sich mehr in das Geschehen und in die Demokratie einzumischen. Dafür wird es von 2020 bis 2022 eine Konferenz zur Zukunft Europas geben – ein Format welches BürgerInnen aller Altersgruppen und aller Mitgliedstaaten mit europäischen Institutionen in den Dialog bringen soll. Im Kontext des demografischen Wandels fällt ihr zu, den entstehenden Einfluss auf verschiedene Bevölkerungsgruppen zu analysieren und gemeinsam mit den Mitgliedstaaten zu evaluieren, welche Regionen Reformen und Investitionen für die Verbesserung von Infrastruktur und Dienstleistungen benötigen. Insbesondere für ländliche Regionen soll ein Langzeitplan entwickelt werden. Zwischen Regionen Europas, welche den gleichen Schwierigkeiten gegenüberstehen, soll ein Austausch über Erfolgsmethoden entstehen – besondere Unterstützung sollen Regionen bekommen, welche am meisten von der Abwanderung von Fachkräften betroffen sind. Weiterhin soll Šuica analysieren, wie sich eine alternde Bevölkerung auf Pflege und Pensionen auswirken wird und inwiefern die Sozialsysteme fähig sind, dies zu stemmen. Sie wird gemeinsam mit Dombrovskis (Wirtschaft im Dienste der Menschen) an der europäischen Säule für soziale Rechte arbeiten, im Speziellen bezogen auf Familien und auf die Vereinbarkeit mit der Karriere. Auch die Rechte der Kinder und die Garantie, Kindern den Zugang zu allen Dienstleistungen und Unterstützungen, die sie brauchen, zu versichern,

wird zu dem Aufgabenrepertoire der Kroatin gehören. Sowohl das Generalsekretariat als auch die Generaldirektion für Kommunikation werden Šuicas Arbeit unterstützen

Dubravka Šuica war zwischen 2001 und 2009 Bürgermeisterin Dubrovniks und von 2000 bis 2011 Mitglied des kroatischen Parlaments. Seit 2013 ist sie Mitglied des Europäischen Parlaments für die Europäische Volkspartei, außerdem ist sie Vorsitzende des Ausschusses der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) für auswärtige Angelegenheiten sowie europäische Integration und war 2012 bis 2016 auch stellvertretende Vorsitzende der HDZ.

JOSEP BORRELL FONTELLES (SPANIEN)

Hoher Vertreter und Vizepräsident für ein stärkeres Europa in der Welt

Der spanische Sozialdemokrat Josep Borrell (* 24. August 1947) wurde von den Mitgliedstaaten der EU zum künftigen EU-Außenbeauftragten ernannt. Außerdem wird er das Amt des Vizepräsidenten der EU-Kommission unter Ursula von der Leyen übernehmen. Ihm unterstehen die KommissarInnen für Krisenmanagement (Lenarčič), Internationale Partnerschaften (Urpilainen), Handel (Hogan) sowie Nachbarschaft und Erweiterung (Várhelyi).



In von der Leyens Arbeitsauftrag an Borrell betont sie den geopolitischen Charakter der neuen EU-Kommission – die Einheit der EU müsse gestärkt werden, die Entscheidungen strategischer, durchsetzungsstärker und schneller getroffen werden. Innen- und außenpolitische Aspekte von EU-Richtlinien müssen besser verknüpft sein. Borrell wird eng mit seiner Kollegin Vestager (Digitales Europa) an einer konsequenten und kohärenten europäischen Verteidigungsunion arbeiten. Auch ist er für den strategischen Nutzen externer finanzieller Instrumente zuständig. In seinem Amt als Vizepräsident der EU-Kommission wird er von dem Generalsekretariat unterstützt und für die Realisierung seiner Agenda wird er vom Europäischen Auswärtigen Dienst unterstützt.

Der studierte Ingenieur Josep Borrell war bis 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments, dessen Präsident er von Juli 2004 bis Januar 2007 war. Es folgte eine zweijährige Präsidentschaft im Europäischen Hochschulinstitut (EHI), bevor er aufgrund einer Kontroverse über eine nicht offengelegte, hochdotierte Aufsichtsratsmitgliedschaft beim Energiekonzern Abengoa sein Amt als EHI-Präsident niederlegen musste. Von 2013 bis 2016 lehrte er an der Complutense Universität in Madrid. 2018 und 2019 war er Minister für Äußeres, Europäische Union und Entwicklungshilfe in Spanien.

MARGARITIS SCHINAS (GRIECHENLAND)

Vizepräsident für die Förderung der europäischen Lebensweise

Margaritis Schinas (* 28. Juli 1962) wird in der neuen EU-Kommission unter Ursula von der Leyen als Vizepräsident das fördern, was Europa ausmacht. Ihm unterstehen die drei Kommissarinnen für Inneres (Johansson), Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (Kyriakides) sowie Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend (Gabriel).



Der Grieche soll die Arbeit für ein inklusives, vielfältiges und gleiches Europa koordinieren, in welchem Bildung für alle zugänglich und auch grenzüberschreitend möglich ist. Gemeinsam mit dem Kommissar für Arbeitsplätze und soziale Rechte (Schmit) wird er analysieren, wo in der EU bestimmte Fähigkeiten fehlen und gebraucht werden. Im Kontext des Just Transition Fonds (Fonds für einen gerechten Übergang) ist er zuständig für die Weiter- und Umbildung derjenigen ArbeiterInnen, die aufgrund der Energiewende neue Qualifikationen für zukünftige Jobs erlangen müssen. Auch die Integration von Geflüchteten und MigrantInnen fällt in seinen Arbeitsbereich – er soll an einem neuen „Pakt für Migration und Asyl“ arbeiten und Möglichkeiten finden, Migration legal zu gestalten. Des Weiteren wird Schinas für die Sicherheit in der EU verantwortlich sein – interne und externe Sicherheit besser zu vernetzen sowie hybride Gefahren vorzubeugen, zu erkennen und abzuwehren. Unterstützt wird er vom Generalsekretariat.

Seit 1990 ist Schinas in verschiedenen Bereichen der EU-Kommission tätig – als Kabinettsmitglied unter den EU-Kommissaren Abel Matutes und Marcelino Oreja Aguirre, während der Kommission Prodi (1999 – 2004) als stellvertretender Kabinettschef von Vizepräsidentin Loyola de Palacio, als Kabinettschef von EU-Kommissar Márkos Kyprianou, als stellvertretender Leiter des Beratergremiums für europäische Politik BEPA (Bureau of European Policy Advisers) und später als Chefsprecher und stellvertretender Generaldirektor der Generaldirektion Kommunikation der EU-Kommission unter Juncker (2014 – 2019).

MAROŠ ŠEFČOVIČ (SLOWAKEI)

Vizepräsident für Interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau

Maroš Šefčovič (*24. Juli 1966) ist seit 2009 Mitglied der EU-Kommission und ist unter Ursula von der Leyen Vizepräsident für Interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau verantwortlich. In seinen Aufgabenbereich fällt auch das umstrittene One-in-one-out-Prinzip.

„Diese Idee ist bereits aus anderen Deregulierungsinitiativen bekannt und besagt, dass für jedes neue Gesetz ein bestehendes Gesetz im gleichen Politikbereich aufgehoben werden soll. Frau von der Leyen verkennt, dass die Rettung unseres Planeten kein Nullsummenspiel ist, sondern dass Gesetze im Umweltbereich immer dann erlassen werden müssen, wenn es wissenschaftlich erforderlich ist“, so der Büroleiter des NABU in Brüssel [Dr. Raphael Weyland](#).



Šefčovič soll maßgeblich daran arbeiten, interinstitutionelle Beziehungen der EU-Kommission wie beispielsweise zum EU-Parlament oder nationalen Parlamenten zu stärken. Dabei muss er auf die Einhaltung von Rahmenrichtlinien bei Gesetzesvorschlägen achten und außerdem die Leitung der REFIT-Plattform übernehmen, um mit Mitgliedstaaten und InteressenvertreterInnen über die Verbesserung der bestehenden EU-Gesetzgebung zu diskutieren. Des Weiteren wird ihm die Verantwortung übertragen sicherzustellen, dass Entscheidungsfindung und Richtlinienerstellung auf Basis von Wissen, Forschung und Information geschieht. Auch soll er Trends und Themengebiete ausarbeiten, in welchen Forschung, Politik und Technologie soziale, ökonomische und ökologische Entwicklungen in der Zukunft vorantreiben werden. In Verbindung damit soll er einen jährlichen Bericht verfassen, welcher der EU-Kommission hilft, ihre Prioritäten anzupassen. Hilfe wird er bei der Umsetzung seiner Agenda vom Generalsekretariat bekommen.

Im Jahr 2004 wurde er mit dem Beitritt der Slowakei in die EU ständiger Vertreter seines Landes. Seit 2009 ist er Mitglied in der EU-Kommission – zunächst als Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung und Kultur in der EU-Kommission unter José Manuel Barroso I (2004 - 2010), dann als Vizepräsident und Kommissar für institutionelle Beziehungen und Verwaltung in der EU-Kommission Barroso II (2010 - 2014) und zuletzt als Kommissar für die Energieunion in der Kommission unter Juncker (2014 - 2019). Im Jahr 2019 trat Maroš Šefčovič als unabhängiger Kandidat mit Unterstützung der Regierungspartei Smer-SD bei den Präsidentschaftswahlen der Slowakei an, verlor jedoch gegen seine Kontrahentin Zuzana Čaputová.

VĚRA JOUROVÁ (TSCHECHIEN)

Vizepräsidentin für Werte und Transparenz

Die liberale Věra Jourová (*18. August 1964) übernimmt das Amt der Vizepräsidentin für Werte und Transparenz in Ursula von der Leyens EU-Kommission. Ihr unterstehen die zwei KommissarInnen für Justiz (Reynders) und Gleichberechtigung (Dalli).



Jourová soll sich mit dem SpitzenkandidatInnenprinzip und transnationalen Wahllisten auseinandersetzen und einen Aktionsplan für europäische Demokratie koordinieren, welcher insbesondere Gesetzesvorschläge zur Transparenz der Finanzierung von Wahlkampagnen und europäischen Parteien vorschlagen soll. Zudem wird sie daran arbeiten, eine widerstandsfähige europäische Demokratie zu schaffen, die sich unter anderem durch Meinungs- und Pressefreiheit sowie Medienpluralismus auszeichnet. Auch die Transparenz legislativer Prozesse steht auf ihrer Agenda. Außerdem wird sie sich für Gesetzestreue, den Zugang zur Europäischen Menschenrechtskonvention und die Einhaltung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union einsetzen. Jourová soll Initiativen für eine stärkere europäische Identität koordinieren und zudem bewerben, was es heißt europäische/-r BürgerIn zu sein und welche Rechte damit einhergehen. In ihrer Arbeit wird sie vom Generalsekretariat unterstützt.

Věra Jourová gehört seit 2011 der Partei unzufriedener BürgerInnen (ANO 2011) an. Im Jahr 2014 wurde sie Ministerin für regionale Entwicklung, dieses Amt gab sie aufgrund ihrer Berufung zur EU-Kommission im gleichen Jahr wieder ab. Bis 2019 arbeitete sie als Kommissarin für Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung im EU-Kabinetts von Ex-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker.

WEITERE FACHKOMMISSAR*INNEN

DIDIER REYNDERS
(BELGIEN)

Kommissar für Justiz

Der Belgier Didier Reynders (* 6. August 1958) wird sich in der EU-Kommission unter Ursula von der Leyen als Justizkommissar für Rechtsstaatlichkeit, Verbrechensprävention, justizielle Zusammenarbeit und den Verbraucherschutz in der EU einsetzen.



Eine seiner Hauptaufgaben ist es, die „Rule of Law“, das Konzept des Regierens auf der Basis von rechtsstaatlichen Grundsätzen, zu erhalten. Er soll Verstöße frühzeitig aufdecken, verhindern und entstehende Probleme mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln lösen. Er wird sich für die strengere Durchsetzung von Gesetzen einsetzen und das Prinzip der „Rule of Law“ auch den europäischen BürgerInnen näherbringen. Für den Verbraucherschutz soll Reynders laut Arbeitsauftrag Wege finden, den KonsumentInnen informierte Entscheidungen zu ermöglichen und somit eine aktive Rolle in der ökologischen und digitalen Transformation zu spielen. Er wird außerdem daran arbeiten, die justizielle Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten zu vereinfachen, beispielsweise im Kampf gegen Terrorismus und Extremismus, und die Digitalisierung zum Vorteil justizieller Systeme zu nutzen. Reynders hat die Verantwortung, die fundamentalen Menschenrechte vor der digitalen Transformation, wie beispielsweise vor Künstlicher Intelligenz (KI), und ihren Folgen zu schützen. Unterstützt wird er von der Generaldirektion für Justiz und Konsum. Er wird außerdem der Vorsitzende des „Audit Progress Committee“ und verantwortlich für den internen Auditdienst sein. Der interne Auditdienst führt jährlich Prüfungen in den verschiedenen Dienststellen der Kommission, um Empfehlungen zur Verbesserung ihrer Verwaltungsprozesse zu geben. Er soll eine effektive und effiziente Verwaltung fördern.

Der studierte Rechtsanwalt Reynders übernahm 1985 seinen ersten politischen Posten in der Kommunalpolitik. Von 1987 bis 1988 war er Kabinettschef des belgischen Justizministers und 1992 übernahm Reynders den Vorsitz der Parti Réformateur Libéral (PRL) und zog als Abgeordneter in die Belgische Abgeordnetenkammer ein. Im Jahr 1999 wurde er als belgischer Finanzminister vereidigt. Diesen Posten hatte er auch in der nächsten Regierung ab 2003 inne, wobei sein Ressort im Juli 2004 um die Zuständigkeit für Institutionelle Reformen erweitert wurde. 2004 fiel ihm das Amt des Vize-Premierministers zu und er gehörte damit zu den wichtigsten politischen Persönlichkeiten Belgiens. 2011 bis 2019 war er Minister für auswärtige Angelegenheiten, für den Außenhandel und Europäische Angelegenheiten in Belgien.

ELISA FERREIRA (PORTUGAL)

Kommissarin für Kohäsion und Reformen

Die Portugiesin Elisa Ferreira ist in der EU-Kommission als Kommissarin für Kohäsion und Reformen zuständig.



Zusammen mit Timmermans (Grüner Deal) und Hahn (Haushalt und Verwaltung) wird sie den neuen „Just Transition Fonds“ für Regionen, die stark von der Energiewende betroffen sind, ausarbeiten. Sie wird ihren Fokus außerdem auf die nachhaltige Entwicklung europäischer Städte und des urbanen Raums legen. Dies beinhaltet eine Überprüfung der „Urban Agenda“, die Entwicklung einer Langzeitvision für ländliche Gegenden und EU-Regionen in äußerster Randlage. Auch wird sie strukturelle Reformen für wachstumsfördernde Maßnahmen der Mitgliedstaaten unterstützen und technische Unterstützung für die Länder leisten, welche der Eurozone beitreten möchten. Sie wird die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den nächsten Kohäsionsfonds setzen und zusammen mit den Mitgliedstaaten die Ausgaben und die Ausschöpfung der Fonds überwachen. Sie wird außerdem am Reformunterstützungsprogramm und dem Haushaltsinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit im Euroraum arbeiten und sicherstellen, dass diese künftig umgesetzt werden. Zur Seite stehen ihr die Generaldirektion für Regionale und Urbane Politik sowie die Generaldirektion für Strukturelle Reformen.

Ferreira ist studierte Wirtschaftswissenschaftlerin. Seit 1977 unterrichtet sie an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Porto. Von 1995 bis 1999 war sie Ministerin für Umwelt und von 1999 bis 2002 war sie als Ministerin für Planung im damaligen Kabinett tätig. Von 2002 bis 2004 war sie Abgeordnete des portugiesischen Parlaments (Assembleia da República). Seit 2004 ist Ferreira Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion im EU-Parlament.

HELENA DALLI (MALTA)

Kommissarin für Gleichberechtigung

Die maltesische Politikerin Helena Dalli (* 29. September 1962) wird sich in den nächsten fünf Jahren für Inklusion und Gleichberechtigung in der EU einsetzen.



Von der Leyen überträgt ihr in ihrem Arbeitsauftrag die Verantwortung, sich gegen Diskriminierung einzusetzen und dafür neue Anti-Diskriminierungsgesetze zu erarbeiten. Sie wird für die Umsetzung der Konvention der Vereinten Nationen für die Rechte von Personen mit Einschränkungen zuständig sein und eine europäische Geschlechterstrategie entwickeln, die insbesondere zu erhöhter Gehalts-Transparenz führen soll. Außerdem soll sie die „Women on Boards“- Richtlinie stärken und sicherstellen, dass die „Work Life Balance“-Direktive für Ausgeglichenheit zwischen Beruf und Privatleben umgesetzt wird. Des Weiteren sollen Opfer von geschlechterbasierter Gewalt besser unterstützt und geschützt werden. Frauen und Mädchen sollen besonders gefördert werden. In ihrer Arbeit wird sie von der Generaldirektion für Justiz und Verbraucher sowie von einer Arbeitsgruppe unterstützt, die sich aus ExpertInnen der Kommissionsdienststellen zusammensetzt.

Seit 1996 gehört sie dem Parlament der Republik Malta an. Sie ist Mitglied der Partit Laburista, der sozialdemokratischen Partei Maltas. Von 1996 bis 1998 war sie die Parlamentarische Sekretärin für Frauenrechte bei Premierminister Alfred Sant. Von 2013 an arbeitete sie vier Jahre als Ministerin für den sozialen Dialog, Verbraucherangelegenheiten und Bürgerrechte, danach war sie Ministerin für Angelegenheiten der Europäischen Union und Gleichberechtigung. Im Zuge der Nominierung für die EU-Kommission trat sie als Ministerin im Juli 2019 zurück.

JANEZ LENARČIČ (SLOWENIEN)

Kommissar für Krisenmanagement

Als Kommissar für Krisenmanagement ist Janez Lenarčič (* 6. November 1967) für die sofortige Reaktionsbereitschaft der Europäischen Union für humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz verantwortlich.



Er ist Koordinator des Zentrums für Notfallmaßnahmen und soll Mitgliedstaaten dabei helfen, lokale Katastrophenschutzstrategien zu entwickeln, zu verbessern und zu evaluieren. Im Rahmen des

EU-Zivilschutz-Mechanismus (rescEU) soll er mit den Mitgliedstaaten daran arbeiten, die nötigen Ressourcen für Katastropheneinsätze bereitzustellen und letztendlich Langzeitlösungen für andauernde Katastrophen zu finden. Lenarčič wird von der Generaldirektion für humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz unterstützt.

Nach seinem Studium des Internationales Rechts an der Universität Ljubljana trat er in den diplomatischen Dienst ein. Von 1994 bis 1999 war er Sekretär der Ständigen Vertretung Sloweniens bei den Vereinten Nationen in New York City. Im Jahr 2000 war er für ein Jahr Berater des slowenischen Außen- sowie Premierministers. Von 2002 bis 2003 war er Staatssekretär beim slowenischen Ministerpräsidenten. Anschließend fungierte er bis 2006 als außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Republik Slowenien bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) während des slowenischen Vorsitzes (2005). Danach wurde er slowenischer Europastaatssekretär. Ab Juli 2008 leitete er das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der OSZE. 2014 wurde Lenarčič erneut Staatssekretär im Amt des slowenischen Ministerpräsidenten. Er ist parteilos.

JOHANNES HAHN (ÖSTERREICH)

Kommissar für Haushalt und Verwaltung

Der konservative Johannes Hahn (* 2. Dezember 1957) ist als Kommissar für Haushalt und Verwaltung verantwortlich.



Laut Arbeitsauftrag ist Hahn für den Abschluss der Verhandlungen des neuen mehrjährigen Finanzrahmens (2021 – 2027), die Haushaltsüberwachung, Gleichstellung und Digitalisierung innerhalb der Kommission verantwortlich. Außerdem soll er die nötige Infrastruktur zur Bewältigung physischer und digitaler Sicherheitsbedrohungen sowie den Schutz der finanziellen Interessen der EU im Sinne der Betrugsbekämpfung gewährleisten. Die Generaldirektion Haushalt, die Generaldirektion Humanressourcen und Sicherheit und die Generaldirektion Informatik werden ihm in seiner Arbeit zur Seite stehen. Ihm untersteht die Generaldirektion Übersetzung und Dolmetschen.

Nach Tätigkeiten in der Jugendorganisation der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), beim Bundesjugendring und im Generalsekretariat der ÖVP wurde Hahn 1992 Landesgeschäftsführer der ÖVP in Wien. 1997 bis 2003 saß er im Vorstand der Novomatic AG, einem internationalen Verleiher von Spielautomaten und Betreiber von Spielstätten. 2003 wurde er ihr Vorstandsvorsitzender sowie Aufsichtsratsvorsitzender des Tochterunternehmens Admiral Sportwetten GmbH. 2007 wurde Hahn Minister für Wissenschaft und Forschung. In der EU-Kommission unter José Manuel Barroso II (2010 - 2014) war er Kommissar für Regionalpolitik. Zuletzt war er Kommissar für Europäische Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik der EU-Kommission unter Kommissionpräsident Jean-Claude Juncker.

JUTTA URPILAINEN (FINNLAND)

Kommissarin für Internationale Partnerschaften

Jutta Urpilainen übernimmt in der EU-Kommission unter Ursula von der Leyen das Amt der Kommissarin für Internationale Partnerschaften.



Sie soll gemeinsam mit Borrell (Hoher Vertreter) eine Strategie für Afrika entwickeln, um die Beziehungen zu stabilisieren und den beidseitigen Profit zu garantieren. Außerdem ist sie für den Abschluss der Verhandlungen für ein Post-Cotonou-Abkommen mit Ländern aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik zuständig und soll Partnerschaften mit emigrationsstarken Ländern unterstützen. Urpilainen ist auch für die finanzielle Unterstützung der UN-Nachhaltigkeitsziele verantwortlich, dafür soll insbesondere das volle Potenzial des „External Investment“-Plans (EIP) genutzt werden. Die Verankerung von Geschlechtergleichstellung und die Förderung von Frauen in der internationalen Entwicklungspolitik werden ebenso Teil ihrer Agenda sein. Auch ist Urpilainen für die Einbeziehung der Zivilbevölkerung in europäische Programme, Projekte und Richtlinien verantwortlich – diese Integration spiele eine große Rolle auf dem Weg zur nachhaltigen Entwicklung, so von der Leyen in ihrem Arbeitsauftrag. Gemeinsam mit anderen KommissarInnen soll sie an einer post-2020 Vereinbarung für Nachbarschaft, Entwicklung und Internationale Zusammenarbeit arbeiten. An ihrer Seite wird für die nächsten fünf Jahre die Generaldirektion für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung stehen.

Nach ihrem Studium in Pädagogik war Jutta Urpilainen zunächst als Lehrerin tätig, bevor sie 2003 in das finnische Parlament gewählt wurde. 2008 wurde sie dann Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Finnland (SDP) und nach den finnischen Parlamentswahlen im April 2011 wurde Urpilainen Finanzministerin. Als sie 2014 die Abstimmung um den Parteisitz der SDP verlor, gab sie auch ihren Rücktritt als Finanzministerin bekannt. Von 2015 bis 2018 war sie Vorsitzende der finnischen Nationalkommission für die UNESCO. 2017 bis 2019 war sie die Sonderbeauftragte des Außenministers für Mediation und saß im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des finnischen Parlaments.

MARIYA GABRIEL (BULGARIEN)

Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend

Mariya Iwanova Gabriel (* 20. Mai 1979) ist von der
Leyens EU-Kommission Kommissarin für Innovation, Forschung,
Kultur, Bildung und Jugend.



Sie wird für die Umsetzung des „Horizon Europe“- Programms, ein Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, und die ausreichende Finanzierung von Forschungsprojekten verantwortlich sein. In einem Europäischen Forschungsraum (ERA) soll EU-weite Forschungspolitik möglich gemacht werden. Im Bereich der Bildung soll sie für ein erhöhtes Budget des Programms Erasmus+ sorgen und sich außerdem für einen Europäischen Bildungsraum bis 2025 einsetzen. Die bessere Vernetzung unter Europäischen Universitäten und die Digitalisierung der Bildung sollen unter ihr realisiert werden. Weiterhin sollen internationale Kooperationen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation in Austauschprogrammen realisiert werden. Um europäisches Kulturerbe zu schützen, soll Gabriel die neue Europäische Agenda für Kultur umsetzen. Außerdem sollen kreative Industrien gefördert werden, um Innovation, Wachstum und Jobs zu schaffen. Laut Arbeitsauftrag soll Sport als Instrument für Inklusion, Gesundheit und Wohlbefinden eingesetzt und gefördert werden. Dabei wird sie mit der Generaldirektion für Forschung und Innovation sowie mit jener für Bildung, Jugend, Sport und Kultur zusammenarbeiten. Außerdem wird sie die Administration der Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC) übernehmen.

Bis 2008 war die Bulgarin Leiterin der Abteilung „Projekte und Öffentlichkeitsarbeit“ am Institut für Wirtschaftspolitik in Sofia. Von 2009 bis 2017 war sie als Abgeordnete für die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) in das Europaparlament gewählt. Sie arbeitete zwischen Mai 2017 und November 2019 in der Juncker-Kommission als EU-Kommissarin für digitale Wirtschaft und Gesellschaft.

NICOLAS SCHMIT (LUXEMBURG)

Kommissar für Arbeitsplätze und soziale Rechte

Der luxemburgische Politiker Nicolas Schmit (* 10. Dezember 1953) wird sich als Kommissar für Arbeitsplätze und soziale Rechte für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Lebensstandards und eine größere Chancengleichheit in von der Leyens EU-Kommission einsetzen.



Schmit soll das wichtigste Instrument in diesem Bereich, die europäische Säule sozialer Rechte mit ihren 20 Grundsätzen, umsetzen und die Sozialschutzsysteme Europas stärken und überwachen. Ein gerechter EU-weiter Mindestlohn steht auf seiner Agenda genauso wie die Arbeitsbedingungen auf Online-Plattformen zu verbessern und ArbeitnehmerInnen ein Rückgrat mit einer europäischen Arbeitslosenrückversicherung zu schaffen. Laut dem Arbeitsauftrag von der Leyens soll er die Jugendgarantie weiter stärken, um jungen Menschen eine Perspektive und Chance in der Berufswelt geben zu können. Auch eine Kindergarantie soll erarbeitet werden. Mit der Aktualisierung der Kompetenzagenda sollen die Kompetenzen der EuropäerInnen verbessert und Beschäftigungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Wandel gefördert werden. Die Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Integration arbeitet an seiner Seite, um diese Ziele zu verfolgen.

Schmit ist Mitglied der luxemburgischen Sozialdemokraten (LSAP). Von 1989 bis 1990 war er Fraktionssekretär der Partei. Im Jahr 1991 wurde er Mitglied des Staatsrates und führte dieses Amt bis 2004 aus. Danach wurde er in der damaligen Regierung beigeordneter Minister für auswärtige Angelegenheiten und Immigration. 2009 übernahm er das Ministerium für Arbeit, Beschäftigung und Immigration. Von 2013 bis 2018 war er Minister für Arbeit und Beschäftigung sowie Sozial- und Solid- arwirtschaft in der Regierung Bettel-Schneider. Im Mai 2019 gelang ihm bei der EU-Wahl der Einzug als Abgeordneter in das Europaparlament.

OLIVÉR VÁRHELYI (UNGARN)

Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung

Olivér Várhelyi (* 22. März 1972) wurde als Ersatzkandidat für die Position des Kommissars für Nachbarschaft und Erweiterung vorgeschlagen, nachdem sein Kollege László Trócsányi vom Rechtsausschuss im EU-Parlament abgelehnt wurde. Auch Várhelyi stand aufgrund seines engen Verhältnisses zu Ungarns Staatspräsident Viktor Orbán in der Kritik – nach einer weiteren schriftlichen Darlegung seiner umstrittenen zukünftigen Unabhängigkeit wurde er schließlich vom EU-Parlament bestätigt.



Várhelyi soll die Beziehungen zu den östlichen EU-Nachbarstaaten intensivieren, indem er eine Langzeitstrategie für politische Ziele in der östlichen Partnerschaft entwickelt und Handelsabkommen mit Ländern wie der Ukraine, Georgien und Moldawien umsetzt und vertieft. Auch die bestehenden Beitrittsverhandlungen mit den westlichen Balkanstaaten und der Türkei sollen fortgesetzt werden. Für politische und wirtschaftliche Reformvorhaben nach EU-Vorbild soll er sich insbesondere bei den EU-Nachbarstaaten im Süden einsetzen und unter anderem Ziele für einen gemeinsamen Umweltschutz und ein effektives Migrationsmanagement setzen. In seiner Arbeit wird er von der Generaldirektion für Nachbarschaft und Erweiterungsverhandlungen unterstützt.

Nach seinem Studium in „European Legal Studies“ und den Rechtswissenschaften begann Olivér Várhelyi 1995 im ungarischen Ministerium für Industrie und Handel. 1996 wechselte er ins Außenministerium. Ab 2001 war er in der in Brüssel tätig, wo er von 2003 bis 2006 die Rechtsabteilung der Ständigen Vertretung Ungarns bei der EU leitete. 2006 kehrte er nach Budapest zurück, wo er bis 2008 die Abteilung für Europarecht im ungarischen Justizministerium leitete. Von 2008 bis 2011 war er Abteilungsleiter in der EU-Kommission für Rechte an gewerblichem Eigentum. 2011 wurde er stellvertretender Leiter der ungarischen EU-Vertretung und 2015 wurde er dann Leiter der Botschaft in Brüssel. Várhelyi ist parteilos.

PAOLO GENTILONI SILVERI (ITALIEN)

Kommissar für Wirtschaft

Der Italiener Paolo Gentiloni (* 22. November 1954) ist Kommissar für Wirtschaft in von der Leyens EU-Kommission. Er soll sich für eine Wirtschaft einsetzen, deren Steuerpolitik Ungleichheiten abbaut und Fairness erhöht sowie für eine Zollunion, die Verbrechen verhindert und Handel erleichtert.



Für ein inklusives Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit wird Gentiloni die Nachhaltigkeitsziele der UN in das Europäische Semester mit einbeziehen. Außerdem wird er die Verfolgung der Nachhaltigkeitsziele in der EU-Kommission kontrollieren. Er ist verantwortlich, den Stabilitäts- und Wachstumspakt so umzusetzen, dass eine wachstumsfreundliche Fiskalpolitik im Euroraum bei gleichzeitiger Wahrung der steuerlichen Verantwortung erreicht wird. Um Europa widerstandsfähiger gegenüber Krisen zu machen, soll Gentiloni einen Weg finden, die hohen Schuldenstände im privaten und öffentlichen Sektor zu verhindern. Damit auch die Existenz der BürgerInnen in Krisen gesichert ist, wird er ein Europäisches System zur Rückversicherung von Arbeitslosenunterstützung entwickeln. Weiterhin wird er den Start des InvestEU-Programms betreuen und darauf achten, dass insbesondere Ziele wie die Klimaneutralität und die Digitalisierung erreicht werden – aufbauend darauf wird er einen Investitionsplan für ein nachhaltiges Europa auf die Beine stellen. Hinsichtlich der europäischen Steuerpolitik soll er auf eine Einigung bei der Besteuerung digitaler Unternehmensaktivitäten hinarbeiten, an der Entwicklung der grenzüberschreitenden CO₂-Steuer und der Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie für das Ende fossiler Brennstoffe arbeiten. Er soll außerdem gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung kämpfen. Des Weiteren ist der Italiener für eine vollständige Umsetzung des Zollkodex der Union gemeinsam mit den Mitgliedstaaten verantwortlich und soll einen Ansatz zum Risikomanagement vorschlagen, um sicherzustellen, dass die Zollkontrollen wirksam sind. Er wird von der Generaldirektion für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten sowie von der Generaldirektion für Steuern und Zoll unterstützt. Außerdem ist er verantwortlich für das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat).

Der Politiker und ehemalige Journalist Paolo Gentiloni war von 1993 bis 2000 Pressesprecher und Redenschreiber des römischen Bürgermeisters Francesco Rutelli. Seit 2001 ist er Mitglied der Abgeordnetenversammlung. 2002 war er Mitbegründer und fünf Jahre Pressesprecher der Partei Democrazia è Libertà – La Margherita. Zwischen 2006 und 2008 war er Kommunikationsminister und von 2014 bis 2016 war er Minister für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit, bevor er 2016 bis 2018 Premierminister Italiens war. Seit 2019 ist er der Präsident der Demokratischen Partei (PD).

PHIL HOGAN (IRLAND)

Kommissar für Handel

Der Christdemokrat Phil Hogan (* 4. Juli 1960) ist Kommissar für Handel in der EU-Kommission unter Ursula von der Leyen.



Hogan soll an den Handelsbeziehungen zu den USA, China und afrikanischen Staaten arbeiten und Verhandlungen zu Handelsabkommen mit Australien und Neuseeland einleiten. Außerdem spielt er eine tragende Rolle bei der Reform der Welthandelsorganisation (WTO), insbesondere in Bezug auf Subventionen, erzwungenen Technologietransfer und Investor-Staat-Streitbeilegung. Auch bei den Verhandlungen mit der WTO zu Onlinehandel wird er Impulsgeber zum Thema Daten, Abbau von Handelsbarrieren, Verbrauchervertrauen und Unternehmensstärkung sein. Schutz vor unfairen Handelspraktiken und eine Stärkung von Handelsinstrumenten gehören auch zu Hogans Aufgabenspektrum. Für eine nachhaltige Entwicklung wird er die Umsetzung von Klima-, Umwelt- und Arbeitsschutz überwachen und gemeinsam mit dem Kommissar für Wirtschaft (Gentiloni) an einer grenzüberschreitenden CO₂-Steuer arbeiten. Transparenz und Kommunikation mit den beteiligten Institutionen und der Zivilbevölkerung werden in seiner Arbeit großgeschrieben. Seine Arbeit wird von der Generaldirektion für Handel unterstützt.

Hogan begann nach Tätigkeiten als Versicherungsmakler und Auktionator seine politische Laufbahn in der Partei Fine Gael (FG) als Kommunalpolitiker. Von 1982 bis 2003 war er Mitglied und zeitweise Vorsitzender des Grafschaftsrates County Kilkenny. Zwischenzeitlich war er Mitglied im Senat und vertrat in diesem die Interessengruppe Industrie und Finanzen. In seiner Partei war er Sprecher für Ernährung. 2011 berief ihn der damalige Premierminister Enda Kenny zum Minister für Umwelt, Gemeinschaftswesen und Lokalverwaltung Irlands. Während der irischen Ratspräsidentschaft 2013 setzte er sich als Umweltminister für das 7. Umweltaktionsprogramm ein. Von 2014 bis 2019 war er Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung in der EU-Kommission unter Juncker.

THIERRY BRETON (FRANKREICH)

Kommissar für Binnenmarkt

Thierry Breton (* 15. Januar 1955) ist der Ersatzkandidat für die aufgrund einer Scheinbeschäftigungsaffäre und einer hochdotierten Beratertätigkeit bei einer amerikanischen Denkfabrik abgelehnte Kandidatin Sylvie Goulard. Er ist Kommissar für den Binnenmarkt in der EU-Kommission unter von der Leyen.



Laut Arbeitsauftrag ist er zuständig für die Rahmenbedingung des digitalen Übergangs in Europa und die Vereinbarung der sich entwickelnden Technologien mit den europäischen Werten. In diesem Zuge soll er an der technologischen Souveränität Europas arbeiten, indem in neue Grenztechnologien wie Algorithmen investiert wird, aber auch Standards für 5G-Netzwerke gesetzt werden. Außerdem soll er unter anderem an einem europäischen Ansatz für künstliche Intelligenz arbeiten und einen Binnenmarkt für Cyber-Sicherheit schaffen. Um den europäischen Binnenmarkt zu stärken und dessen Anpassung an neue Geschäftsmodelle und die Wirtschaft zu garantieren, soll die Entwicklung kleiner und mittelständischer Unternehmen unterstützt werden, eine Langzeitstrategie für Europas industrielle Zukunft entwickelt werden und außerdem Gesetze auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene umgesetzt werden, damit tägliche Prozesse des Binnenmarkts ungehindert ablaufen können. Auch die Stärkung von Raumfahrt- und Verteidigungsindustrien findet sich unter seinen Aufgaben. Er soll außerdem untersuchen, wie die EU das Beste aus ihren Ressourcen machen kann, um die Klimaziele zu erreichen, einschließlich der Nutzung des europäischen Erdbeobachtungsprogramms Kopernikus zur Überwachung der CO₂-Emissionen.

Breton soll mit der Generaldirektion für Raumfahrt- und Verteidigungsindustrie, der Generaldirektion für Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologie sowie der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU zusammenarbeiten.

Der französische Geschäftsmann Thierry Breton wurde, nach Vorsitzen bei Unternehmen wie der französischen Telekom und Thomson-RCA zwischen 1997 und 2005, für zwei Jahre Minister für Wirtschaft, Finanzen und Industrie unter Jacques Chirac. Zwischen 2007 und 2008 war er Professor der Harvard Business School, bevor er im Jahr 2008 Vorsitzender und CEO des weltweit führenden IT-Unternehmens Atos wurde. Im Oktober 2019 nominierte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron ihn als Ersatzkandidat für die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen. Breton verließ im selben Monat das Unternehmen Atos, um sich für sein künftiges Amt vor Interessenkonflikten zu wahren.

YLVA JOHANSSON (SCHWEDEN)

Kommissarin für Inneres

Die Schwedin Ylva Johansson (* 13. Februar 1964) ist in der EU-Kommission unter Ursula von der Leyen für das Ressort Inneres zuständig.



Sie soll einen neuen Pakt zu Migration und Asyl entwickeln und sich damit den Außengrenzen, Asylsystemen und dem Schengenraum widmen. Dazu gehört unter anderem der Kampf gegen Schleuser, die Kooperation mit den Herkunftsstaaten, Asyl- und Rückführungsbestimmungen und die Kontrolle der europäischen Außengrenzen durch die Grenzschutzagentur Frontex. Um innere Sicherheit in der EU zu ermöglichen, sollen Terrorismus und Radikalisierung verhindert und verfolgt werden, und die EU befähigt werden auf Terroranschläge angemessen zu reagieren. Der Informationsfluss und die Kommunikation müssen dafür zwischen Mitgliedstaaten verbessert und ausgeweitet werden. Sie wird in ihrer Arbeit von der Generaldirektion für Migration und Inneres unterstützt.

Ylva Johansson arbeitete zu Beginn ihrer Karriere als Lehrerin für Mathematik, Physik und Chemie. 1988 zog sie dann für die eurokommunistische Linkspartei in das schwedische Parlament (Riksdag) ein. Sie wechselte 1992 zur sozialdemokratischen Arbeiterpartei und gilt dort als Vertreterin des linken Flügels. 1994 nahm sie das Amt der Bildungsministerin an und ging danach einige Jahre in die Privatwirtschaft. Von 2004 bis 2006 arbeitete sie als Gesundheitsministerin und wirkte im schwedischen Parlament in der Kommission für den Arbeitsmarkt sowie der Kommission für Gesundheit und Wohlstand mit. Im Jahre 2014 wurde sie Arbeitsministerin – dieses Amt legte sie für die EU-Kommission nieder.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

ADRESSE

Marienstraße 19-20
10117 Berlin

E-MAIL

info@dnr.de

TELEFON

030 / 6781775-70, Fax -80

ONLINE

www.dnr.de

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) ist der Dachverband der im Natur-, Tier- und Umweltschutz tätigen Verbände in Deutschland. Im Jahr 1950 von 15 Verbänden gegründet, gehören ihm heute knapp 100 Mitgliedsverbände an.

REDAKTION UND BEARBEITUNG

Christina Stoldt, Ann Wehmeyer, Ilka Dege, Juliane Grüning, Bjela Vossen

GESTALTUNG

Karo3, Kommunikationsagentur für Design und Programmierung

COPYRIGHT

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Einzelne Artikel können nachgedruckt werden, wenn die Quelle angegeben wird und die Rechte Dritter gewahrt bleiben. Die Redaktion freut sich über ein Belegexemplar.

FÖRDERHINWEIS

Gefördert durch das Bundesamt für Naturschutz (BfN) mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU).



VERWENDETE QUELLEN

[Arbeitsaufträge](#)

[Politische Leitlinien](#)

[Lebensläufe](#)

DNR EU-KOORDINATION

Die EU-Koordination leitet die europaweiten Aktivitäten der deutschen Umweltverbände, stellt Kontakte mit anderen AktivistInnen aus dem europäischen Umfeld her und nimmt Einfluss auf die EU-Politik. Mit Veranstaltungen, Besuchsprogrammen, Workshops und Veröffentlichungen informiert das Team die deutschen Umwelt- und Naturschutzorganisationen über aktuelle Entwicklungen auf der EU-Ebene. Als Mitglied des Dachverbandes Europäisches Umweltbüro (EEB) stimmt die EU-Koordination dabei ihre Arbeit mit den anderen auf europäischer Ebene tätigen Umweltorganisationen ab.

Das Team der EU-Koordination informiert mit den EU-Umweltnews regelmäßig über aktuelle Politik und wichtige Termine aus Brüssel, Straßburg und Berlin.

[Newsletter zur EU-Umweltpolitik](#)

Wer vertritt meine Interessen im EU-Parlament? Wer sind die 96 EU-ParlamentarierInnen aus Deutschland? Und wie kann ich sie erreichen? Die Plattform Umweltcheck EU-Parlament stellt alle Abgeordneten vor und vernetzt sie mit Umweltverbänden vor Ort.

[Umweltcheck Europaparlament](#)

Mit dem Brüsseler 1x1 für Umweltbewegte möchten wir Ihnen den Einstieg in die europäische Umweltpolitik ermöglichen. Das handliche Heft stellt die Verträge, Institutionen, Prozesse und Akteure vor. Es erklärt, was sich hinter bestimmten Begriffen verbirgt. Und es gibt zahlreiche hilfreiche Tipps für alle diejenigen, die sich für europäische Umweltpolitik interessieren. Wir möchten Ihnen damit Mut machen, sich einzumischen und Ihre eigenen Erfahrungen und Meinungen in den politischen Prozess auf EU-Ebene einzubringen.

[Brüsseler 1x1](#)